

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1899 unter Nr. 7820.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr:
 Beträgt für die sechsgepaaltene Annoncen-
 stelle ober deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen, sowie
 Werbekampanie 20 Pf. Inserate für die
 nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Feiertagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.
 Adressen: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. Donnerstag, den 13. April 1899. Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Quittung.

Im Monat März gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Kunzberg, U. d. G. U. i. St. 20.—, Berlin, Beiträge der
 Wahlkreise: 2. Kreis 100.— (darunter Freiheit I 10.—, Columbus
 50.—, Ueberich, d. Kranzspende v. 18. März, Nabelwerk a. d. Oberspree
 19,45, Kranzspende für die Märzgefallenen, gesammelt v. d. Arbeitern
 der Firma J. C. Pfaff 82,50). 3. Kreis 550.—, 4. Kreis
 (Osten) 1500.— (darunter Kernspitze 30.—, Märzkrantz Ueberich u.
 v. d. Arbeitern der Firma Pintsch, Andreasstr. 25, 35. 9 Tischer von
 Belling u. Hirsch, Or. Frankfurterstrasse, Vierprozente 30.—, Sanges-
 brüder S.-D. 4.—, Ueberich vom Februar-Vergängen 149. und
 165. Stadtblz. 17,20). 6. Kreis Moabit 450.— (darunter Kranz-
 Ueberich v. Vorfis, mechanische Werkst. 4,05, auf Liste 3639 1.—),
 6. Kreis Wedding und Dramenburger Vorstadt 1500.— (darunter
 Holländer, Roste 2,50, afrikanisches Museum, Hoffnung 15,—),
 6. Kreis Schönhauser Vorstadt 800.— (darunter alter Parteigenosse
 Buchholzerstrasse 10.—, H. R. 5.—). 6. Kreis Rosenfelder Vorstadt
 und Gesundbrunnen 600.—, Berlin, diverse Beiträge: Fünf Gut-
 macher, Königsstr. 25, 5.—, Arbeiter von E. Levin u. Söhne, Ritter-
 strasse, 4.—, Dr. L. H. 50.—, L. und H. B. 10.—, Von Leder-
 arbeitern durch ihren Vertrauensmann R. 45,84. Cigarettenfabrik
 R. Schulze, Friedrichselderstr. 21, 5.—, J. S.—, 50.—, J. S. 100
 17,50. Ueberich von der Kranzspende, Ortmannstrasse 2,
 durch H. 7.—, Märzkrantz, Berliner Tanzlehrer 7,50. Rote
 Buchbinder, Grünstrasse, 5.—, P. S. 50.—, A. B. 50.—,
 Arbeiter von Schuster und Wör 14.—, Organisierte Bauarbeiter 25.—,
 Cnaft, Beechstrasse 1.—, „Gutenberg“ 100.—, Von den Verbands-
 mitgliedern d. V. d. h. Buchdrucker 30.—, G.—, 50. Gesammelt v.
 Dreischleusenbüchsen Palteplaz Stralauerstrasse 4.—, Gäste von
 Müller, Weidenweg 1,50. Von Mitgliedern der U.-Dr. 8,15. Von
 den Mitgl. der Gewerkschaft d. Buchdrucker zc. im „Vorwärts“ 10.—,
 Von Mitgl. d. Verbandes Deutscher Buchdrucker im „Vorwärts“ 150.—,
 Werinburg 10.—, Wannen, d. d. Beitr. 200.—, Vorne b. Magdeb.,
 von Parteigenossen durch Kreuzberg 6.—, Vorn 50.—, Bremen,
 von Parteigenossen 300.—, Buchhändler, von den Alten durch Weber
 5,80. Wamburg, Jäckeln Rohrbach 5.—, Cottbus-Dremsberg, Wahl-
 kreis 100.—, Christiania, Vorwärts! 50.—, Dortmund, Bier- u.
 Cigarettenprocente v. Personal der „Rhein. Westf. Arb.-Ztg.“ 20.—,
 Döln a. Elster, Ueberich, v. Sp. B. Scharfshmidt 2,10. Erlau,
 Wahlkr. Erlau-Schleusingen-Regenitz 50.—, Falkenberg (Ober-
 schlesien) 2.—, Freiburg i. Schl., von den Parteigenossen d. A. B.
 20.—, Franzenhausen a. S., d. F. B. 32,55. Frankenthal, v. Beitr. 25.—,
 Greiz, Wahlkr. Reuß a. L. 50.—, Gera, Wahlkr. Reuß J. L. 50.—, Gießen,
 G. R. 10.—, Grotzsch, v. d. Arbeiterschaft durch d. Vertrauensm. 111,20.
 Halle a. S., Parteigenossen Halle-Saalfeld 200.—, Hastedt bei
 Bremen 10.—, Hildesheim, d. Chr. D. 35.—, Hamburg, i. d. Ex-
 pedition des „Echo“ eingegangen 91,60. Hamburg, Cigarettenfabrik
 v. Otto, St. Pauli 20.—, Jena, 3. Weimarer Wahlkr., 1. Quartal
 30.—, Köln a. Rh., durch den Beitr. Köln-Stadt, 1. Halb-
 jahr 1898/99 80.—, Leipzig, 12. und 13. sächsischer Reichstags-
 Wahlkreis 2000.—, Lüdenscheid, durch den Vertrauensmann 100.—,
 Lugemburg, L. 400.—, Ludwigsdorf a. Rh., von Parteigenossen
 50.—, München, Wahlkr. 5.—, Mainz, v. Parteigenossen
 100.—, Marzen bei Dortmund, d. H. 4,91. Mainzheim, von den
 Parteigenossen 100.—, Neuwied, Liquidation 54,85. Reichslon,
 Stummische Leistungen Gasthaus Bayerischer Hof 8.—, Ottemen,
 durch Soulsen 14. Rate 10.—, Offenbach, v. d. vom alten
 Hohenburger 26,10. Offenbach-Dieburg, Wahlkreis 400.—, Pforz-
 heim von Parteigenossen 20.—, Paris, von Parteigenossen 40.—,
 Quedlinburg, von den Parteigenossen d. A. Tr. 25.—, Ronsdorf,
 durch den Beitr. 10.—, Stuttgart, G. U. 10.—, Stadthagen, von
 den Parteigenossen 20.—, Schönebeck a. E., v. d. Parteigenossen
 30.—, Württemberg 50.—, Wilkau i. S., v. d. Parteigenossen 50.—,
 Weiskensfeld, durch R. 50.—, Wintorsdorf, amerikanische Auktion bei
 Scheer 1,71.

Für den Unterstützungsfonds nach Schluß der Döbtauer Samm-
 lung 12 629,32 Mk.
 Berlin SW., den 10. April 1899.
 Für den Parteivorstand:
 A. Gerisch, Kassachfr. 9.

Wahlstimmen.

Die Zeichenreden, die der socialdemokratische Wahlstiel im
 zweiten Kreise Berlins hervorgerufen hat, stehen reichlich.
 Sie zeichnen sich weder durch besondere Eigenart noch
 weniger durch Ehrlichkeit aus, aber es lohnt sich doch,
 ein paar Minuten in dem bürgerlichen Kramschbazar
 zu verweilen, wo der Restbestand an zurückgelehnten
 Wahlhüllen, leicht beschädigten Verdrehungen und feinsten,
 aber bei der Pressung verunglückten Parteioilettenfeisen spott-
 billig unter dem Kostenpreise ausverkauft wird.

Der Thatbestand selbst ist so klar und unzweideutig, daß
 man meinen sollte, keine Kunst der Entstellung ver-
 möchte ihn zu verdunkeln: Der Wahlsieg der
 Socialdemokratie, so muß christliche Unbefangenheit
 zugeben, ist überraschend glänzend. Wir gestehen,
 daß wir dem Ergebnis ziemlich besorgt entgegen gesehen haben.
 Abgesehen von der allgemeinen Wahlmüdigkeit, die das Zeichen
 der Nachwahlen zu sein pflegt, war die Wahl nach den alten
 Listen für uns so ungünstig wie möglich. Der Oktober-
 und April-Umzug lag zwischen den beiden Wahlen, und
 die Wohnungsverschiebungen waren gerade diesmal außer-
 ordentlich stark. Wir hatten uns auf einen Rückgang von
 4000—5000 Stimmen gefaßt gemacht, der allein auf das Umzugs-
 konto zu setzen war. Wenn wir trotzdem hinter der Haupt-
 wahl nur um 1900 Stimmen zurückgeblieben sind, so schreiben
 wir dieses überaus günstige Ergebnis in erster Linie der be-
 geisterten „Arbeitswilligkeit“ unserer Genossen, sodann den
 besuenden Wirkungen des Zuchthauskurses zu, endlich aber
 auch dem Umstände, daß die wahrhaft freisinnigen, die
 kimmerlichen Reste bürgerlicher Demokratie, angewidert durch

die liberale Charakterlosigkeit, die sich namentlich im Wahl-
 kampfe offenbarte, für uns gestimmt haben.

Wagt so in dem scheinbaren Rückgang unserer Stimmen
 in Wahrheit ein Vorwärtsschreiten, so ist die Ver-
 mehrung der freisinnigen Stimmen um 1216 um-
 gekehrt als Stillstand, wenn nicht gar als Rückschritt
 zu bezeichnen. Die bürgerlichen Parteien haben
 unter der Ungunst der Wahl nach den alten Listen
 nicht zu leiden. Die Konservativen hatten nicht vergessen,
 wie gern in hohen einflussreichen Kreisen im Vorjahr
 das Wahlbündnis mit den Freisinnigen gesehen wurde. Ein
 erheblicher Teil hat also auch diesmal — und zwar sofort im ersten
 Wahlgang — für den Freisinnigen gestimmt. Die Tradition
 vom vorigen Sommer wirkte nach. Es ist deshalb schwer
 festzustellen, in welchem Umfang der Stimmenrückgang der
 bürgerlichen Parteien um 5500 Stimmen sich auf Freisinn
 und Konservative verteilt.

Endlich ist noch als Merkmal dieser Wahl die völlige
 Vernichtung der erstmals mit so großem Lärm und so einfluß-
 reicher Unterstützung inszenierten Berliner Bewegung
 festzustellen. War es doch gerade der zweite Wahlkreis, in
 dem Stöder hart vor dem Sieg über den Freisinnigen Birchow
 stand.

Wie spiegelt sich nun diese einfache unaufsehbare Wahr-
 heit in der Presse der Besiegten? Allen voran strebt natürlich
 wieder die brave liberale Vertretung des besiegenden und ach!
 wie gebildeten Bürgertums nach dem Unehrenpreis des
 höchsten Schwindels.

Die „Vossische Zeitung“, deren Naturgeschichte
 wir bei einer vermutlich in Pöde sich anbietenden Gelegen-
 heit werden zu schreiben haben, klagt die Konservativen, die
 „Helfer der Socialdemokratie“, zorniglich an, daß
 durch ihre Schuld der Wahlkreis an die Socialdemokratie aus-
 gegeben sei. Die Rechte könne sich beglückwünschen zu dieser
 Politik der Sammlung. Natürlich will sie jetzt nicht um die
 Stimmen der Reaktion gewinneln haben; sie nennt das
 eine alberne Erfindung. Nachdem der Schnorrer die Treppe
 hinunter geslogen, keif er: „Ich verkauf Ihnen mir. Sie sind
 mir viel zu schlecht dazu, Sie Subjekt Sie.“ Indes
 das nächste Mal beugt er doch wieder seinen Schnorrerstolz
 und Klopff demütig an, ob nichts zu handeln sei. Der Stolz
 nach dem Hinabwurf liegt diesen liberalen Elementen eben
 so tief im Blut wie die Demut, wenn ein Geschäft be-
 vor steht.

Dann hören wir selbstverständlich von allen liberalen Stamm-
 tischen die Stichworte von dem Rückgang der Socialdemokratie,
 den herrlichen Fortschritten des Freisinn, der sich tapfer ge-
 schlagen, und von dem socialdemokratischen Wahlsieg mit Hilfe
 der Konservativen. Der Wohnungswechsel wird entweder gar
 nicht erwähnt oder — unglücklich, aber Eugen Richter bringt
 selbst dies Kunststück fertig — zur Vergrößerung des — frei-
 sinnigen Wahlerfolgs verwendet: Die freisinnige Partei,
 so schreibt das Blatt Richters, ist die einzige Partei,
 die an Stimmen gegen 1898 gewonnen hat. Damals
 erlangte sie im ersten Wahlgang 16 127 Stimmen, diesmal
 17 448 Stimmen, also 1316 Stimmen mehr. Dabei muß
 berücksichtigt werden, daß für diese Wahl noch die alte
 Wählerliste von 1898 Geltung hatte, und daß Todesfälle und
 Verzug aus Berlin schon von vornherein einen Ausfall unter
 den Wählerkreisen von 1898 herbeiführen mußte. Dieser
 Ausfall ist nicht nur ausgeglichen, sondern es sind gegen
 damals noch 1316 Stimmen mehr erzielt worden.

Eine Ausnahme in der liberalen Presse bildet die
 „Volks-Zeitung“, die recht aus Herzensgrunde „Hurra, wir
 haben verloren!“ auszurufen scheint. Wenn man die
 Jämmerlichkeit des freisinnigen Wahlkämpfers bedenkt, so
 läßt sich diese Stimmung wohl verstehen, die sich in folgenden
 Sätzen ausdrückt:

„Dem Freisinn bleibt es durch den gestrigen Ausfall der
 Wahl erspart, für die Stichwahl um die reaktionären Stimmen
 zu buhlen. Gegen alle reaktionären Vorlagen aber wird der
 gestern gewählte Abg. Fischer zuverlässig stimmen, so daß sich auch
 der geschlagene Freisinn mit dem Resultat wird abfinden können. Herr
 Kreiling ist, da ihm das erstbe parlamentarische Doppelmandat nicht
 zu teil geworden, nunmehr in der Lage, sein Stadtverordneten- und
 sein Landtagsmandat unbeeinträchtigt durch die schweren Pflichten
 eines Reichstagsmandats wahrzunehmen.“

Was den Freisinn anbetrifft, so erinnert auch der Ausfall der
 gestrigen Wahl wieder daran, daß die freisinnige Volkspartei nicht
 im stande ist, auch nur einen einzigen von sämtlichen
 897 Reichstags-Wahlkreisen aus eigener Kraft zu gewinnen. Die
 Gründe dafür haben wir oft genug erörtert. Aber Beförderung ist
 vor der Hand nicht zu erwarten. Es wird fortgewartet.“

Erreichen die liberalen Blätter in Verrentungen der so
 leicht lesbaren Wahlziffern den Gipfel der Unwahrscheinlichkeit,
 so treibt das heutige Hauptorgan der „Berliner Bewegung“
 eitel Narrenposen. Man kennt die psychiatrische Erscheinung,
 daß Menschen nach schweren Schicksalsschlägen unheilbar —
 fidel werden. In dieser Verfassung schöpft die „Staatsbürger-
 Zeitung“ folgende Moral aus dem Wahlergebnis ab:

„Ein Gutes aber hat das gestrige Wahlergebnis trotz allem:
 Es wird Klarheit schaffen und denen, die noch sehen wollen, die
 Augen öffnen. Nur der antisemitische Gedanke vermag die
 nationalgesinnte Berliner Wählererschaft zu einigen; nur durch ihn
 wird sie hegen!“

Man darf nicht vergessen: der Abgott der Staatsbürgerin,
 der Reichsgraf Büdler, kandidierte am Dienstag höchstselbst,
 und der in ihm vereinigte antisemitische Gedanke verdichtete
 sich in — 120 Stimmen.

Niemlich unbefangenen äußert sich die konservative „Kreuz-
 Zeitung“:

„Hat der freisinnige Kandidat diesmal 1900 Stimmen mehr
 auf sich vereint als im vorigen Jahre, ist die socialdemokratische
 Stimmzahl um fast 2000 zurückgegangen, so wird doch auch der
 illusionsfähigste Freisinnige nicht behaupten wollen,
 daß Herr Kreiling den Ueberich an Stimmen
 Herrlicher abgenommen habe; vielmehr sind dies-
 mal die Zentrumswähler, die Nationalliberalen und andere mehr
 rechts stehende Elemente augenscheinlich gleich im ersten Wahlgange
 für den freisinnigen Kandidaten eingetreten. Daß die Wahlbetei-
 lung derjenigen Männer, auf deren Stimmen zu Gunsten des
 konservativen Kandidaten gerechnet worden war, eine so über-
 raschend geringe war, ist bedauerlich und kommt einer voll-
 ständigen Abdifikation der „Berliner Bewegung“
 gleich.“

Mit einer Annäherung sondergleichen tritt die freisinnige
 Presse den Konservativen gegenüber auf. Unisono äußert sie,
 die „Rahnenflucht der Konservativen“ habe dem
 „Genossen“ Fischer zum Siege verholfen. Das sieht ganz so
 aus, als betrachte der Freisinn die Konservativen als ihre tribut-
 pflichtige Hiltstruppe. . . . Dazu sind sie doch wohl nicht da, um
 von dem absterbenden Freisinn noch die letzten Klammern abzu-
 wenden. . . . Es ist mehr als albern, wenn das Berliner
 Tageblatt sich zu Drohungen verseitigt und schreibt: „Auch
 an denjenigen Stellen, an denen man noch bis heute an der
 Tradition festhielt, in den Konservativen die festen Stützen
 von Staat, Thron und Gesellschaft zu erblicken, wird
 man schwerlich umhin können, aus diesem Verhalten (der „seigen
 Fahnenflucht“) die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen.“ Wir
 glauben diejenigen Konsequenzen, die ausschließlich zu ziehen
 sind, hat man schon gezogen: der Freisinn ist nicht mehr im
 stande, auf eigenen Füßen zu stehen, sein politischer Einfluß ist
 also gleich Null. Solche Reden zu konservieren, wäre eine ver-
 gebliche Mühe.“

Das Citat, das die „Kreuz-Zeitung“ dem „Berliner
 Tageblatt“ entnimmt, diese direkte Demagogie der Kon-
 servativen beim — sagen wir — Minister, zeigt, wie sehr
 der Freisinn seine Niederlage verdient hat. Eine noch tiefere
 Stufe moralischen Verfalls ist nicht mehr zu betreten
 möglich.

Aber gerade diese Jämmerlichkeit sollte uns erinnern, daß
 es doch diesmal von verhältnismäßig wenigen Stimmen
 abhing, ob wir oder jene den zweiten Wahlkreis im Reichs-
 tag vertreten. Wir dürfen über dem Sieg nicht vergessen,
 daß es gilt, diesen Reichstagsstiel für immer zu behaupten, so daß
 wir nicht mehr von dem Zufall einer kleinen Zahlendifferenz
 abhängen, sondern wissen, daß der Wahlkreis unser ist, unter
 allen Umständen. Dazu aber bedarf es der unermüdlichen
 Ausgestaltung unserer Organisation. Schauen wir eine Weile
 belustigt dem Poffenspiel der Damierten zu, erfreuen wir uns
 genießend des Sieges — dann aber von neuem:

An die Arbeit! An die Arbeit!

Politische Uebericht.

Berlin, den 12. April.

Der Reichstag

war auch heute sehr schwach besucht. Die Verlängerung des
 akademischen Viertels hat also nichts genützt. Die Besuche zur
 Postreform, die auf der Tagesordnung stehen, sind ihrer Natur
 nach von keiner besonderen Anziehungskraft für die Masse der
 Abgeordneten und bei Dichte betrachtet, ist es auch gar kein
 Nachteil, vielleicht eher ein Vorteil, wenn zu solchen Gesetzes-
 vorlagen — namentlich bei der ersten Lesung — im Plenum
 nur Sachverständige reden, die namentlich in dieser ver-
 wickelten und schwierigen Materie sehr dinn gesät sind.
 Die Debatte wurde von dem Staatssekretär der Reichs-
 post Herrn v. Poddbielski eröffnet, der zu seinem Glück
 nicht bloß den bösen Rheumatismus, sondern auch die noch
 böseren Schneidigkeit-Allüren los geworden zu sein scheint.
 Wenigstens für den Augenblick. Es giebt leider tüchtige Krank-
 heiten, die wiederkehren.

Diesmal verdient Herr v. Poddbielski in jedem Falle Lob.
 Zunächst führte er für seine Person eine recht glückliche Reue-
 rung ein: in lobenswerter Selbsterkenntnis hatte er begriffen,
 daß die freie Rede ein recht gefährliches Instrument ist, mit
 dem man bei ungeschickten Gebrauchen sich arg schneiden
 kann, und er hatte deshalb seine Rede hübsch aufgeschrieben
 oder aufschreiben lassen. Seiner Bitte, sie abzulesen zu dürfen,
 wurde freudig im allerseitigen Interesse willfahrt. Für die
 Zukunft schlagen wir Herrn von Poddbielski noch eine Ver-
 besserung seiner Verbesserung vor, nämlich, daß er die Reden
 drucken und den Mitgliedern des Reichstages rechtzeitig,
 d. h. spätestens am Tage vor der Verhandlung, zustellen
 läßt. Dann braucht er sie nicht abzulesen — was für ihn
 und für den Reichstag ein entscheidener Gewinn wäre.

Außerdem muß anerkannt werden, daß Herr von Pod-
 bielski in seinen Ausführungen durchaus sachlich war, und mit
 einer biedermännischen Harmlosigkeit auftrat, die unserem
 Genossen Singer nicht ganz unbedeutend erschienen ist. Das
 Nähere über die Vorlesung des Herrn Staatssekretärs des
 Reichspostamts und über die Debatte, welche sich daran
 knüpfte, findet der Leser in unserem Reichstagsbericht. Für
 unsere Partei sprach Singer, der nicht bloß den technischen
 und geschäftlichen Teil der Vorlage, ohne sich in Einzelheiten
 zu verlieren, aufs gründlichste behandelte, sondern auch den
 principellen Standpunkt unserer Partei in Bezug auf das
 Verhältnis des postalischen Staats- und Privatbetriebs,
 und in Bezug auf die Frage der Entschädigung der Privat-

Deutsches Reich.

hoben ebenso klar wie scharf zum Ausdruck brachte. Unserer Partei ist bekanntlich von deutsch-freimütiger Seite der demagogisch-tergiversche Vortritt gemacht worden...

Auch unsere Fraktion ist für Verweisung der Vorlage an eine Kommission, welche alle einschlägigen Punkte genau prüfen wird...

Regis voluntas.

Es ist ein erbärmliches Schauspiel, zu beobachten, in welcher Weise in den zwischen den Sekulanten entbrannten Kampf um den Berlin-Stettiner Kanal die Person des Kaisers hineingezogen wird.

Die Korrespondenz, die zuerst die Versicherung des Kaisers zu Gunsten des Ostkanals der Öffentlichkeit unterbreitet hat...

Der Bericht des für die Durchführung des Ostkanal-Projekts kampfenden Direktors Reumann von der Victoria-Speicher-A.G. in der in Oberschönebeck abgehaltenen Versammlung der Oberspreen-Interessenten hat allgemein das größte Aufsehen erregt.

Zugegen waren außer dem früheren Oberpräsidenten Grafen Stolberg-Wernigerode und mir noch Herzog Ernst Günther und die Minister Thielen und v. Hammerstein.

Hierbei soll nach dem Bericht des Direktors Reumann der Monarch, wie bereits berichtet, gesagt haben:

Meine Herren, wenn jemand glaubt, daß ich für die Erbauung der Doppellinie einen Vorschlag geben würde, irrt er sich. Den Erneuernd und die Jungfernhände brauche ich für andere Zwecke, da gehört keine Industrie hin.

Gemäß diesen Worten des Landesherren müsse, so meinte Direktor Reumann, eine kräftige Agitation über an dem Zustandekommen des Ostkanals direkt Interessierten zu Gunsten der Linie entfaltet werden.

Bemerkenswert ist, daß die verantwortlichen Minister Thielen und Hammerstein Gegner des vom Kaiser begünstigten Ostkanal-Projekts sind.

Die Angelegenheit hat deshalb ein erhebliches politisches Interesse, weil sie einen intimen Einblick hinter die Kulissen unserer Regierung gewährt, weil sie zeigt, wie bei uns die gesetzgeberische Tätigkeit angeregt wird.

Wider den Miquelismus.

Man schreibt uns aus Baden:

Gegenwärtig spült wieder friblich des Mainz der Geist der Reichsverdrossenheit. Was dieser böse Geist schon alles in seinen Mann genommen, zeigt am besten das Organ der konservativen Partei, welches eine ganz „hederische“ Sprache führt.

Wäre Preußen ein Staat mit völkervernünftiger Tarifpolitik, so würde uns die zunehmende preussische Eisenbahn-Macht keine Beschwerden machen. Aber in Preußen blät ein räuberischer Sozialismus; je mehr die preussische Machtphäre wächst, desto geringer werden die Ansichten für eine völkervernünftige geartete Tarifpolitik und desto mehr ist die Gefahr zu befürchten, daß auch das bishigen Fortschritt bei uns in Baden von der rauhen Hand des allmächtigen Miquel getroffen wird.

Und die Konjunktur haben sich bereits das Wort, auf dem parlamentarischen Posten zu sein. Von sämtlichen Fraktionen der Zweiten Kammer unterzeichnet, ist dieser Tage eine Interpellation an die Regierung gerichtet worden...

Die deutschen Friedensjuristen.

welche die deutsche Regierung nach dem Haag aussliegen läßt, die Herren v. Stengel und Jarn, entkommen der gleichen Schicksal. Herr v. Stengel haben wir genügend gewürdigt.

Prof. Jarn, dem großen Publikum wohl in Erinnerung als Vertreter der preussischen Auffassung in der Lippischen Frage und damals von Prof. Max Sengel arg zerkaut, ist einer der Führer der Konserwativen in Königsberg...

Unter diesen Umständen lassen sich die Verhandlungen der Friedenskonferenz ziemlich zuverlässig voraussagen. Unser Magdeburger Parteiblatt hat sich das Verdienst erworben, die gesamte Konservenz mit dem Felde zu schlagen.

„Erlaucht, edle und geehrte Herren des In- und Auslandes! Wir tagen geheim, sind also ganz unter uns.“

Wir tagen geheim, sind also ganz unter uns. Der offenen Ansprache steht nicht mehr im Wege. Die Anregung des erhabenen Jarn, Sr. Majestät des Kaisers Nikolaus, hat uns hier zusammengeführt.

Einig sind wir selbstredend auch in der Erkenntnis, daß es gleichgültig ist, ob sich in einer Schlacht Tausende für ihr Vaterland, für ihre Kulturmission opfern, oder ob wir hier im kleinen Kreis der Prüfflein für den physischen, politischen und geistigen Wert unserer Völker und Staaten liefern.

Die politische, physische und geistige Wert des deutschen Volkes hat sich auf der Abrüstungskonferenz, wie ich aus absolut zuverlässiger Quelle erfahre, glänzend bewährt.

Der politische, physische und geistige Wert des deutschen Volkes hat sich auf der Abrüstungskonferenz, wie ich aus absolut zuverlässiger Quelle erfahre, glänzend bewährt.

Die politische, physische und geistige Wert des deutschen Volkes hat sich auf der Abrüstungskonferenz, wie ich aus absolut zuverlässiger Quelle erfahre, glänzend bewährt.

Die politische, physische und geistige Wert des deutschen Volkes hat sich auf der Abrüstungskonferenz, wie ich aus absolut zuverlässiger Quelle erfahre, glänzend bewährt.

Die politische, physische und geistige Wert des deutschen Volkes hat sich auf der Abrüstungskonferenz, wie ich aus absolut zuverlässiger Quelle erfahre, glänzend bewährt.

Die politische, physische und geistige Wert des deutschen Volkes hat sich auf der Abrüstungskonferenz, wie ich aus absolut zuverlässiger Quelle erfahre, glänzend bewährt.

Die politische, physische und geistige Wert des deutschen Volkes hat sich auf der Abrüstungskonferenz, wie ich aus absolut zuverlässiger Quelle erfahre, glänzend bewährt.

Die politische, physische und geistige Wert des deutschen Volkes hat sich auf der Abrüstungskonferenz, wie ich aus absolut zuverlässiger Quelle erfahre, glänzend bewährt.

Die politische, physische und geistige Wert des deutschen Volkes hat sich auf der Abrüstungskonferenz, wie ich aus absolut zuverlässiger Quelle erfahre, glänzend bewährt.

Die politische, physische und geistige Wert des deutschen Volkes hat sich auf der Abrüstungskonferenz, wie ich aus absolut zuverlässiger Quelle erfahre, glänzend bewährt.

Die politische, physische und geistige Wert des deutschen Volkes hat sich auf der Abrüstungskonferenz, wie ich aus absolut zuverlässiger Quelle erfahre, glänzend bewährt.

halb ist, neben einer Reaktion gegen das der ganzen Zeit eigene, ungeduldrige Drängen in höhere Berufsklassen, zur Befriedigung des thätigkeitsmäßigen Bedürfnisses eine Verringerung in der Mächtigkeitsbildung anzustreben.

Es dürfte ein vergebliches Mühen sein, die Köpfe, die in dieser Weise die Frauenfrage traktieren, einzureuten. Den Zeitgenossen des Kreiswalders Theologen entsprechen im Geiste auch die Debatten.

Ein Arzt, Dr. Vogel, verwarf das medizinische Studium der Frauen. Die Folge der Eröffnung dieses Berufes für die Frauen würde sein eine große Not des ärztlichen Standes.

Das Wort der Schrift: Das Weib schweige in der Gemeinde, das öffentliche Gebet und die Ausübung der Sakramente im Gottesdienste der Gemeinde. Dagegen sagt es nichts über die Grenzen aus, innerhalb deren die Frau sich am öffentlichen Leben beteiligen darf.

Die Verammlung genehmigte schließlich die Thesen des Referenten und billigte auch die folgenden Sätze Stöckers: „Das Wort der Schrift: Das Weib schweige in der Gemeinde, das öffentliche Gebet und die Ausübung der Sakramente im Gottesdienste der Gemeinde.“

Das Wort der Schrift: Das Weib schweige in der Gemeinde, das öffentliche Gebet und die Ausübung der Sakramente im Gottesdienste der Gemeinde. Dagegen sagt es nichts über die Grenzen aus, innerhalb deren die Frau sich am öffentlichen Leben beteiligen darf.

Die Verammlung genehmigte schließlich die Thesen des Referenten und billigte auch die folgenden Sätze Stöckers: „Das Wort der Schrift: Das Weib schweige in der Gemeinde, das öffentliche Gebet und die Ausübung der Sakramente im Gottesdienste der Gemeinde.“

Das Wort der Schrift: Das Weib schweige in der Gemeinde, das öffentliche Gebet und die Ausübung der Sakramente im Gottesdienste der Gemeinde. Dagegen sagt es nichts über die Grenzen aus, innerhalb deren die Frau sich am öffentlichen Leben beteiligen darf.

Die Verammlung genehmigte schließlich die Thesen des Referenten und billigte auch die folgenden Sätze Stöckers: „Das Wort der Schrift: Das Weib schweige in der Gemeinde, das öffentliche Gebet und die Ausübung der Sakramente im Gottesdienste der Gemeinde.“

Das Wort der Schrift: Das Weib schweige in der Gemeinde, das öffentliche Gebet und die Ausübung der Sakramente im Gottesdienste der Gemeinde. Dagegen sagt es nichts über die Grenzen aus, innerhalb deren die Frau sich am öffentlichen Leben beteiligen darf.

Die Verammlung genehmigte schließlich die Thesen des Referenten und billigte auch die folgenden Sätze Stöckers: „Das Wort der Schrift: Das Weib schweige in der Gemeinde, das öffentliche Gebet und die Ausübung der Sakramente im Gottesdienste der Gemeinde.“

Das Wort der Schrift: Das Weib schweige in der Gemeinde, das öffentliche Gebet und die Ausübung der Sakramente im Gottesdienste der Gemeinde. Dagegen sagt es nichts über die Grenzen aus, innerhalb deren die Frau sich am öffentlichen Leben beteiligen darf.

Die Verammlung genehmigte schließlich die Thesen des Referenten und billigte auch die folgenden Sätze Stöckers: „Das Wort der Schrift: Das Weib schweige in der Gemeinde, das öffentliche Gebet und die Ausübung der Sakramente im Gottesdienste der Gemeinde.“

Das Wort der Schrift: Das Weib schweige in der Gemeinde, das öffentliche Gebet und die Ausübung der Sakramente im Gottesdienste der Gemeinde. Dagegen sagt es nichts über die Grenzen aus, innerhalb deren die Frau sich am öffentlichen Leben beteiligen darf.

Die Verammlung genehmigte schließlich die Thesen des Referenten und billigte auch die folgenden Sätze Stöckers: „Das Wort der Schrift: Das Weib schweige in der Gemeinde, das öffentliche Gebet und die Ausübung der Sakramente im Gottesdienste der Gemeinde.“

Das Wort der Schrift: Das Weib schweige in der Gemeinde, das öffentliche Gebet und die Ausübung der Sakramente im Gottesdienste der Gemeinde. Dagegen sagt es nichts über die Grenzen aus, innerhalb deren die Frau sich am öffentlichen Leben beteiligen darf.

Die Verammlung genehmigte schließlich die Thesen des Referenten und billigte auch die folgenden Sätze Stöckers: „Das Wort der Schrift: Das Weib schweige in der Gemeinde, das öffentliche Gebet und die Ausübung der Sakramente im Gottesdienste der Gemeinde.“

Das Wort der Schrift: Das Weib schweige in der Gemeinde, das öffentliche Gebet und die Ausübung der Sakramente im Gottesdienste der Gemeinde. Dagegen sagt es nichts über die Grenzen aus, innerhalb deren die Frau sich am öffentlichen Leben beteiligen darf.

Die Verammlung genehmigte schließlich die Thesen des Referenten und billigte auch die folgenden Sätze Stöckers: „Das Wort der Schrift: Das Weib schweige in der Gemeinde, das öffentliche Gebet und die Ausübung der Sakramente im Gottesdienste der Gemeinde.“

Das Wort der Schrift: Das Weib schweige in der Gemeinde, das öffentliche Gebet und die Ausübung der Sakramente im Gottesdienste der Gemeinde. Dagegen sagt es nichts über die Grenzen aus, innerhalb deren die Frau sich am öffentlichen Leben beteiligen darf.

Die Verammlung genehmigte schließlich die Thesen des Referenten und billigte auch die folgenden Sätze Stöckers: „Das Wort der Schrift: Das Weib schweige in der Gemeinde, das öffentliche Gebet und die Ausübung der Sakramente im Gottesdienste der Gemeinde.“

auch den Mittelstand; das Centrum läßt den Unternehmer nicht anfaßen, es ist aber auch arbeiterfreundlich; das Centrum schließt Zinswucher und Dividendenwirtschaft, es läßt aber auch Wohlthätigkeit und barmherzige Werke; das Centrum bewilligt Militärvorlagen, es predigt aber auch Frieden; das Centrum schließt völkfeindliche Wahlsysteme, es zehet aber auch gegen die Rechtsungleichheit usw. usw. Das Centrum macht alles, heut dieß, morgen das — das Ganze nennt man dann „gerechten Ausgleich der widerstreitenden Interessen finden.“ Das Centrum verdöhnt alles, Agrarier mit Protesten, Großkapital mit Mittelstand, Unternehmer mit Arbeitern — spannt Wolf und Lamm in einem Gespür vor den Wagen der alleinseligmachenden Kirche.

Jede politische Partei betreibt einseitige Interessenvertretung einer Klasse. Siebt sie an, alle Klassen zu vertreten, wie es der Liberalismus thut und wie das Centrum ihm nachahmt, so ist das eine eitel Spiegelscheiter. Sobald es zu geschäftlichen Thaten kommt, geht der „Ausgleich der widerstreitenden Interessen“ in die Brüche. Die Thaten des Centrum dienen nicht dem ganzen Volk, sondern dem Kleinem und dem Kapitalismus; gab es auch den arbeitenden Klassen einmal winzige Proleten, so nur, um durch den Schein der Gerechtigkeit die Herrschaft der von ihm vertretenen Klassen zu mehren.

Wir haben die Heuchelei, als könnten wir aller Bevölkerungsklassen einseitige Interessen vertreten, weit von uns gewiesen. Aber unsere Klassenvertretung steht doch nicht auf gleicher Linie mit derjenigen der bürgerlichen Parteien. Denn die Klasse allein, die wir vertreten, hat Interessen, die sich mit dem Gemeinwohl decken, während die von den bürgerlichen Parteien vertretenen Interessen gegen das Gemeinwohl verstoßen.

Die „Germania“ wird freilich diese keine Sektion nicht annehmen, denn das hieße das Gewerbe von Kartisierungen und Unwahrhaftigkeiten greifen, hinter dem das Centrum sich versteckt.

Eine Interpellation in der Samoa-Frage.

Die national-liberalen „Weltpolitiker“ Gasse und Lohr haben eine Interpellation im Reichstag betreffs der Vorläufigen Samoa eingeleitet. Von Herrn v. Walow ist die Beantwortung der Interpellation bereits zugezogen. Der Zeitpunkt für die Beantwortung der Interpellation ist jedoch noch nicht festgesetzt.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt heute an erster Stelle: Nachdem von der amerikanischen und der englischen Regierung der deutsche Vorschlag, eine Specialkommission nach Samoa zur Beilegung aller dort schwebenden Differenzen zu entsenden, acceptirt worden war, werden jetzt, so melden die „Berliner Nachrichten“, von englischer Seite gegen das bereits im Prinzip angenommene Erfordernis der Einstimmigkeit für die Entscheidungen der Kommission neue Bedingungen erhoben. Wie das Blatt hört, wird die Ernennung des deutschen Bevollmächtigten für die Kommission erst erfolgen, wenn von englischer Seite die notwendigen Garantien gegeben sind, um die Respektierung der deutschen Vertragsrechte in Samoa zu sichern.

Auch wir glauben zu wissen, daß die deutsche Regierung im Hinblick auf die hier erwähnten Bedingungen in London um eine bestimmte Erklärung über die Stellung der englischen Regierung zum Samoa-Vertrag gebeten hat.

Weiter schreibt das offiziöse Blatt: Die Presse hat sich mit Forderungen beschäftigt, die nach einer „Reuter“-Nachricht, angeblich der Admiral Nauy vor Samoa an den Kommandanten des deutschen Kreuzers gestellt habe und die der Ehre unserer Flotte zu nahe träten.

Wir stellen fest, daß über ein derartiges Vorkommnis an den maßgebenden Stellen nichts bekannt ist. Wären thatsächlich irgend welche Differenzen zwischen den beiden Befehlshabern vorgekommen, so ist unzweifelhaft, daß über dieselben von dem deutschen Kommandanten sofort eine telegraphische Meldung hierher erstattet sein würde.

Nach dem „Hamburgischen Correspondenten“ fordert die deutsche Regierung von England und Amerika Genugthuung für die von englischen und amerikanischen Beamten und See-Offizieren verübte offenkundige Verletzung des Kapten in der Berliner Note von 1889 festgesetzten Vertragsrechtes. Sie werde vor keinem notwendigen Schritte zurückweichen. Es sei aber zu hoffen, daß es einer diplomatischen Aktion gelingen werde, die durch die Schuld der Engländer und Amerikaner in Samoa selbst arg verfahrenen Dinge ins rechte Geleise zu bringen.

Als Kommissar für Samoa soll von deutscher Seite der Legationsrath Freiherr Sped v. Steinhilber, erster Sekretär bei der deutschen Botschaft in Washington in Aussicht genommen sein.

Anglischen haben in Apia neue blutige Kämpfe stattgefunden. „Reuters Bureau“ erhält aus Apia nachstehende Meldung:

Eine gemischte britisch-amerikanische Truppe von 100 Mann geriet am 1. April in einen von Mataafa-Leuten gelegten Hinterhalt; sie war gezwungen, sich nach dem Strand zurückzuziehen. Drei Offiziere, nämlich Leutnant Freeman vom britischen Kreuzer „Tauranga“, welcher die Abtheilung befehligte, und zwei Amerikaner vom Kriegsschiff „Philadelphie“ wurden getödtet. Ihre Leichen wurden später entköpft und aufgefunden. Zwei britische und zwei amerikanische Matrosen wurden ebenfalls getödtet. Der Hinterhalt befand sich auf einer deutschen Plantage, deren Geschäftsführer verhaftet wurde. Derselbe wurde am Abend des englischen Kriegsschiffes „Tauranga“ gebracht und dort in Haft gehalten in Folge der Abgabe eidlicher Erklärungen, daß man gesehen habe, wie er Mataafa-Leute zum Kämpfen ermunterte. Die an dem Kampfe teilnehmenden Mataafa-Leute waren etwa 800 an Zahl. In einem früheren Gefechte wurden 27 Mataafa-Krieger getödtet, während die Europäer keine Verluste erlitten.

Ueber diesen Vorfall, welcher sich an demselben Ort ereignet zu haben scheint, wo im Dezember 1888 der Zusammenstoß zwischen dem Landungskorps der deutschen Kriegsschiffe „Lissa“, „Adler“ und „Eber“ stattfand, legt aus amtlicher deutscher Quelle folgende aus Apia vom 6. d. M. datierte Nachricht vor:

Die Engländer haben das Dorf (Wohnsitz) jeden Tag beschossen. Sowohl Tona- wie Mataafa-Leute plündern fremdes Eigentum. Am 1. April ist eine englisch-amerikanische Landungstruppe von 70 Mann in einen Hinterhalt bei Bailee geraten, wobei drei Offiziere gefallen und zwei Landungsgeschütze genommen sind. Die Kriegsschiffe haben die Beschießung erneuert.

Von den 678 Getreuen von Gerdaun will sich Herr d. Rindowström keinen einzigen abhandeln lassen. Wir hatten die lettere Art und Weise geschilbert, wie diese Volkshandlung gegen den Ansturz auf amtlichem Wege zu stande gekommen sei. Die „Konservative Korrespondenz“ vermag nun zwar unsere Angaben nicht zu widerlegen, sie stellt aber feierlich fest, daß die Adresse aus eigener Initiative des Herrn Stadte hervorgegangen ist und überhaupt nur in 10 Ortschaften ausgelesen hat, da die Abendung nicht verzögert werden sollte und die Karnevalszeit einsetzenden während in den Weg trat.

Die Karnevalszeit hat doch nur fieberlich auf das Unternehmen wirken können, das ohne sie gar nicht begreiflich ist, wie auch der folgenden weiteren Bemerkung der „Konservativen Korrespondenz“ hervorgeht:

Dem „Vorwärts“ aber ist die Sache unheimlich, weil zu den Unterzeichnern zahlreiche unabhängige Arbeiter gehören. — Es wird dem sozialdemokratischen Parteigänger Freude bereiten, wenn es erfährt, daß unter der Adresse einer größeren Ortschaft folgender Satz befindet: „Die heiligen Arbeiter bleiben St. Majestät fern und lassen sich von Sozialdemokraten nicht verleiten; es haben 12 Wähler unterschrieben und 45 Arbeiter.“ Es dürfte dem „Vorwärts“ schwer fallen, die Bedeutung jener Adresse nun noch ferner herabzudrücken; er wird sich schon damit abfinden

müssen, daß für die Sozialdemokratie in Ostpreußen nur wenig zu holen ist.

Wahrscheinlich, wir erkennen nun die Bedeutung der Adresse an, und es hat uns in der That Freude bereitet, zu hören, daß es im Reiche Rindowström unabhängig Arbeiter giebt. Es ist für uns ein wohlthuendes Gefühl, zu erleben, daß die Aristokraten Oseliens beginnen, so viel Gewicht auf die Stimme des Volkes zu legen. Und da diese unabhängigen Arbeiter — dank der Aufklärung des Herrn von Rindowström — den sozialdemokratischen Verlodungen widerstehen, so dürfen wir wohl annehmen, daß die Junier wieder ein wenig Selbstbewußtsein bekommen und statt auf dem bequemeren Wege der Befreiung des Reichstags-Wahlrechts mit geistigen Mitteln die unabhängigen Arbeiter von den Vorzügen der ostpreussischen Politik überzeugen. Die 678 Mann bedeuten ja einen hübschen aufmunternden Anfang.

Ueber die letzte Duell-Affäre in Koblenz werden nachträglich Einzelheiten bekannt, die neues Anlagematerial zu dem Duell-Ansatz liefern. Der Vater des im Duell gefallenen Studenten Klöckers sendet der „Allg. Ztg.“ eine Zuschrift, der wir folgendes entnehmen. Am Tage nach dem Streite, nachmittags gegen 2 Uhr, erhielt mein Sohn die Forderung auf Pistolen, die er annahm, mit der Auflage, seine Sekundanten bis 5 1/2 Uhr zu den Sekundanten des Leutnants D. zu senden. Den Sekundanten meines Sohnes wurde eröffnet, daß sich die Beilegung nur durch ein Pistolenduell bis zur Kampfunfähigkeit lösen ließe. Auf ihre Einwendung, daß kein Korps einer Universtität über einen dreimaligen Angelwechsel hinauszugehe, und sie, da mein Sohn Student sei, auch nicht mehr zugelassen könnten, wurde ihnen eröffnet, daß das alles nichts nütze, sie müßten die Bedingungen des Offizier-Ehrenrates, die auf Kampfunfähigkeit laute, annehmen, da sich ohne das die Sache nicht lösen ließe. Die Sekundanten tranken meinem Sohne das mit, und mein in solchen Sachen ganz unerfahrener Sohn, der noch nicht 21 Jahre alt war, nahm in dem Glauben, daß er seiner Ehre nicht voll genüge, wenn er nicht auf diese scharfen Bedingungen eingehe, sie an. Die Sekundanten meines Sohnes haben dann zu Protokoll erklärt, daß sie darauf bestanden, daß dem Unparteiischen nach dem dritten Angelwechsel das Recht zuzustehen solle, das Duell zu beenden.

Danach hat also die Angelegenheit dem Offizier-Ehrenrate vorgelegen und dieser soll bekanntlich nach den bestehenden Vorschriften verfahren, wozüglich das Duell zu vermeiden. Nach den obigen Mittheilungen gewinnt man nicht den Eindruck, als ob er sich nach dieser Richtung hin voll auf die Weite gegeben habe. Der Vorsitzende des Ehrenrates des 88. Regiments soll selbst als Unparteiischer beim Duell mitgewirkt haben.

Dieser Unparteiische wurde dann auch, wie der Vater des Erschossenen weiter schreibt, nach dem dritten Gang von den Sekundanten seines Sohnes mit Rücksicht darauf, daß dieser einen Streifschuss an der Wunde erhalten hatte, aufgefordert, das Duell für beendet zu erklären. Die Offiziere verieten zusammen und beschlossen, daß das Duell weiter zu gehen habe. Im fünften Gang wurde dann der Student tödtlich verwundet. Der „Zff. Ztg.“ geht die unglückliche Meldung zu, daß nicht der beleidigte Leutnant Döring des Duells ausgefodert, sondern der Leutnant Köpfe vom Infanterieregiment 68. Döring habe von Köpfe bei dem Streite in dem Langloleke derartige Vorlesungen erlitten, daß der Ehrenrat ihn für kampfunfähig erklärte. Köpfe meldete sich freiwillig, er wohne mit Döring in demselben Hause.

Der erschossene Student hat seine Duell-Regerei schwer büßen müssen. Wird nun auch der Duellmörder seine That entsprechend zu büßen haben? Wie es heißt, ist er „vom Dienst entbunden“. Und was wird aus dem Ehrenrat werden? Bisher sind in solchen Fällen recht milde Urtheile ergangen!

Die Folgen der überhöhten Aufweisungspolitik machen sich in Nord-Gleisig fühlbar. „Der Mangel an Landarbeitern“, so schreibt man aus der Rorderharde auf Wilsen. „Ich habe nie so fühlbar gemacht, wie jetzt vor dem bevorstehenden Umgebetag. Die Löhne sind bedeutend gestiegen, sowohl für feste Dienstboten wie auch für Tagelöhnerarbeit. Diejenigen Gefindevermieter, die früher alljährlich Dienstboten aus Jütland holten, haben dies jetzt infolge der Aufweisungen aufgegeben. Viele müssen sich jetzt mit unzureichenden Handverlüssen begnügen, an Stelle der früheren tüchtigen dänischen Arbeitskräfte. Das auch deutsche Herrschaften unter diesen unglücklichen Verhältnissen leiden, ist selbstredend.“ — Ja, wenn nur die dänischen „Herrschaften“ darunter zu leiden hätten!

Wegen Wiederherstellung der Berliner Produktenbörse sind, wie hiesige Blätter zu melden wissen, Vorverhandlungen zwischen der Regierung, den Vertretern der Berliner Getreide- und Produzentenhändler und den Vertretern der Landwirtschaft gepflogen worden. Diese sind vor einiger Zeit zum Abschluß gelangt. Das gesamte Material ist dem Handelsminister übergeben, von dem aber bisher kein Bescheid erfolgt ist.

Zur Vorstufe für die höchsten richterlichen Stellen scheint sich nach und nach das Berliner Landgericht abzubilden zu wollen. Kamm ist der Landgerichts-Direktor Bierzomirok unter so eigentümlichen Umständen ins Reichsgericht gekommen, so wird der Landgerichtsrath Peyer zum Kammergerichtsrath ernannt.

Germanisierung der Polen. Die Posener Straßammer beurteilte den Redacteur der polnischen Zeitung „Praca“, Echlomer, wegen angeblicher Aufreizung zu Gewaltthatigkeiten durch eine Abildung mit begleitendem Text, der zum Kampfe ausgehende polnische Freiheitskämpfer feierte, zu vierhundert Mark Geldstrafe.

Auch der Minister des „Geistes“ beteiligte sich an den Verstärkungen. Der Oberin der Niederlassung der Genossenschaft der Maria Wägede in Kosten (Provinz Posen) ist nach der „Köln. Volksztg.“ ein Schreiben des Landrats zu Kosten zugegangen, worin die Oberin und die Schwestern aufgefordert werden, sich bis zum 20. Juni d. J. die deutsche Umgangssprache derartig anzueignen, daß sie sich ausreichend verständigen können. Der Kultusminister habe, so heißt es in dem Schreiben des Landrates, die Niederlassung der Maria Wägede ausschließlich zum Zwecke der Krankenpflege unter der Bedingung genehmigt, daß die Schwestern des Deutschen mächtig sein müßten. Das wäre aber nicht in dem notwendigen Umfang der Fall. Sollten die Schwestern bis zum 20. Juni das Deutsche nicht genügend erlernen, so müßte ihre Niederlassung in das Mutterhaus erfolgen.

Als für die polnischen Vergleite im rheinisch-westfälischen Kohlengebiete durch Verordnung des Ministers die Kenntnis der deutschen Sprache verlangt wurde, genügt bekanntlich der Widerspruch der Grubenbarone, um das Inkrafttreten der Verordnung hinauszuwickeln. In dem letzteren Falle handelte es sich um die Gesundheit und das Leben von Arbeitern.

Redactorenfreuden. Recht niedliche Zustände haben sich in Münster entwickelt. Die dortige Polizeibehörde wünscht nähere Angaben über einen Artikel im „Münsterischen Tageblatt“, den man unter Umständen als auf die Polizei bezüglich auffassen könnte. Zunächst war der Redacteur gekommen, wie das Blatt mittelst, so viel der Polizei mitzutheilen, als bei Wahrung des Redaktionsgeheimnisses und unter Widrigung des Gewährmannes zur Aufklärung der fraglichen Sache mitgeteilt werden konnte. Da aber der Gewährmann, ein Geschäftsführender aus Münster, nicht in Münster anwesend war, erklärte der Redacteur bei der polizeilichen Anweisung, daß er mit seinen Angaben bis zur Mithilfe des Gewährmannes, die nach einigen Tagen in Aussicht gestellt war, warten wolle. Der Betreffende debüte jedoch seine Tour über Erwarten länger aus, und dies gab dem Redacteur bei einer zweiten Vernehmung als Grund seines vorläufigen Stillschwweigens an. Die Polizeibehörde laßt der Redacteur nun Tag um Tag vor, um ihn zur Aussage zu veranlassen. Zweimal veranlaßt der Redacteur den Termin und zweimal wurde er durch einen Polizeijerganten dem vernehmen der Kommissar vorgeführt. Bei der ersten Vorführung gab er zu Protokoll: „Ich weigere mich, der Polizeibehörde gegenüber Auskunft zu geben, aus dem Grunde, weil ich den

anbauenden Vorladungen und Vorsführungen ein Ende machen will.“ Am gleichen Tage erschien eine neue Vorladung und als der Redacteur dieser nicht Folge leistete, erfolgte abermals die Vorführung; im Protokoll wurde auf die obige Aussage Bezug genommen, dem Redacteur aber dabei in Aussicht gestellt, daß eine neue Vorladung wohl folgen werde, was geschah ist. Das wird wieder eine Vorführung zeitigen, die Wiederholung der gleichen Erklärung zur Folge haben und so fort. — Der Redacteur hat bei der der Polizei vorgelegten Beschwerde Beschwerde geführt. Bis diese erledigt sein wird, dürften die guten Bürger von Münster das erhebende Schauspiel einer Zwangsvorführung vielleicht noch manches Mal erleben.

Empfindliche Justiz in Dresden. Aus München wird uns mitgeteilt, daß jetzt die Wärmnummer des „Süddeutschen Postillon“ auf Antrag des sächsischen Justizministeriums wegen Beileidigung des Dresdener Schwurgerichts konfiscirt worden ist. Die Beileidigung soll in dem Gedicht „Das Dresdener Justizhaus-Urtheil“ enthalten sein und auch der Brief Wiedermaters aus Sachsen soll das Gericht beleidigt haben. Die Beilage ist freigegeben. Redacteur und Verleger haben Vorladungen erhalten.

Der sächsische Justizminister würde sich im großen Jertum befinden, wenn er glaubte, die Kritik an dem Dresdener Urtheil durch die öffentliche Meinung Deutschlands könne dadurch milder erscheinen, daß einige Kritiker des Urtheils auf die Auflagebant gebracht werden.

Sächsisches Radelische. Das Dresdener Hilfskomitee zur Unterstützung der Opfer des Löbtauer Bauarbeiter-Prozesses und deren Familien hatte sich, wie die „Sächs. Arbeiter-Ztg.“ mittelst, am Dienstagvormittag vor dem Schöffengericht wegen unbefugten Sammelns zu verantworten. Gegen die Mitglieder war eine amtgerichtliche Strafverfügung in der Höhe von je 30 Mark ergangen und dagegen war von acht Mitgliedern Einspruch erhoben. Das Urtheil lautete auf Bestätigung der Strafverfügung von je 30 Mark für jeden Angeklagten. Aus der Begründung des Urtheils ist besonders hervorzuheben, daß die Geldstrafe deshalb nicht als besonders hoch anzusehen sei, weil ja eine ganz bedeutende Summe für die Verurtheilten zusammengebracht wurde.

Ferner hat das Dresdener Schöffengericht den Schlosser Dieckel zu 50 M. Geldstrafe verurteilt, weil er auf einem Bau zweimal von den Arbeitern untereinander gesammelte Geldbeträge nur entgegen genommen und an die Centralstelle übermitteln hatte. Die Verurteilung von Geldsammlungen bildet eine jener sächsischen Justizmaßnahmen, welche gegen alle Staatsbürger, gegen alle Parteien gelten, welche aber fast ausschließlich nur die Arbeiterpartei treffen.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung ist in Gleiwitz der Bergmann August Brzosa unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Ausland.

Wieder ein Attentatschwundel.

Aus Sardinien kommt wieder die Nachricht von der Verhaftung einiger Sozialdemokraten, angeblich aus Verzicht in Anbetracht der Reise des italienischen Königspaares nach jener Insel. Die sozialdemokratische Partei ist zwar in Sardinien ganz bedeutungslos; nichtsdeshoweniger aber traf die dortige Polizei die strengsten Maßregeln. So wurden schon gestern drei Verhaftungen vorgenommen, denen man von Seiten der Polizei eine gewisse Wichtigkeit beilegt. Es wurde nämlich zunächst ein ehemaliger Beamter der Salzwerke, der 53jährige Musconi festgenommen. Musconi trug einen geladenen Revolver bei sich, außerdem Briefe sozialdemokratischer Genossen, die ihn aufforderten, gelegentlich des Aufenthalts des italienischen Königspaares in Sardinien Ausreden zu veranlassen. Durch dieselben Briefe wurde die Polizei auf zwei andere Sozialisten aufmerksam gemacht, die auch sofort verhaftet wurden. Es sind dies der 27jährige Romolo Garbati, Redacteur des sozialdemokratischen Blattes „La Volonta“ (Der Wille) und der 37jährige Ernesto Pugliese, ehemaliger Sekretär des Abgeordneten Serra; beide hängen aus sehr angesehenen sardinischen Familien. Die Behörden schreiten mannehr zu weiteren Untersuchungen vor; man glaubt aber im allgemeinen, daß es sich nicht um ein Attentat, sondern um eine Parteifundgebung handelt.

Oestreich-Ungarn.

Wien, 12. April. Wie verlautet, stehen weitere politische Aufhebungen deutsch-nationaler Vereine bevor, insbesondere diejenige des Bundes der Landwirte.

Frankreich.

Noch ein General als Zeuge. Der „Figaro“ veröffentlicht in seiner Ausgabe vom Mittwoch die Aussagen des Generals Gouze vom 12. und 13. Dezember 1893 und 21. und 24. Januar 1899. Am 12. Dezember erklärte Gouze, daß er im September 1894, als er Unterchef des Generalstabes war, vom Oberst Sandherr ein Vorderaun erhielt, welches in die Hände Henrys gelangt war. Das Vorderaun war in Stücken eingeliefert und von Henry mit Hilfe mehrerer Offiziere wiederhergestellt worden. Man stellte aber das Vorderaun eine lange und genaue Untersuchung an, die Schriftprüfungen lenkten den Verdacht auf Dreyfus. Gouze gab dann technische Auseinandersetzungen bezüglich der im Vorderaun erwähnten Stücke, von welchen die meisten nur durch einen Generalstabs-Offizier, welcher die näheren Thätigkeiten der einzelnen Bureaus kannte, verraten sein konnten. Gouze stellte besonders fest, daß die Schriftstücke über das Geschüt 120 und die hydraulische Presse nur durch Dreyfus weitergegeben sein konnten. Bezüglich der Frage über die Vorlegung geheimer Schriftstücke im Kriegsgericht von 1894 verweigerte Gouze die Aussage. Er erklärte weiter, er habe von dem Generalstab die Aussagen wiederholt und gleichzeitig einen Brief an den Chef des Generalstabes gerichtet. Gouze schließt seine Aussagen über das Gständnis des Dreyfus mit der Behauptung, daß Dreyfus ein halbes, aus überlegten Auslassungen und Lügen zusammengesetztes Gständnis gemacht habe. Auf eine Frage des Präsidenten erklärt Gouze, über diesen Zwischenfall ein Protokoll nicht aufgenommen zu haben, weil man die Angelegenheit als völlig abgeschlossen betrachtet habe. Picquart habe ihn am 3. Sept. 1896 aufgesucht. Gouze habe ihm vorgelesen, daß er ihm die Ergebnisse seiner Untersuchung verborgen und beabsichtigt habe, ihn in die sehr ernste Angelegenheit zu verwickeln. Picquart habe ihm in die sehr ernste Angelegenheit zu verwickeln. Picquart habe ihm in die sehr ernste Angelegenheit zu verwickeln. Picquart habe ihm in die sehr ernste Angelegenheit zu verwickeln. Picquart habe ihm in die sehr ernste Angelegenheit zu verwickeln.

England.

London, 11. April. Der Parlamentarische Untersekretär des Auenrich Brodie erklärt auf eine Anfrage im Unterhause, der jüngste Besuch Cecil Rhodes in Berlin und seine Unterhandlungen mit der deutschen Regierung seien aus der eigenen Initiative Rhodes erfolgt.

Spanien.

Madrid, 12. April. Der Kriegsminister General Polabiaja befehligt die wichtigsten Einheiten der Provinzen Valencia und Katalonien mit starken Truppenabteilungen und verstärkte die Garnisonen mehrerer Orte. Der Kreuzer „Venadito“ ankert zur Ueberwachung der Küste bei Los Pasajes.

Griechenland.

Athen, 12. April. Das Kabinett hat nunmehr seine Entlassung gegeben; der König hat beschlossen, Theotokis mit der Bildung eines neuen Kabinetts zu beauftragen.

Rumänien.

Die Balkan-Streitigkeiten auf der Friedenskonferenz. Bukarest, 11. April. Aus Bulgarien, Serbien und Montenegro werden die verschiedenen nationalen Komitees Denk- und Vorschläge über die Unterdrückung ihrer Stammesgenossen in Macedonien, Albanien und Bosnien dem Friedenskongress übersenden. Auch die rumänische Kulturliga bereitet eine Eingabe über die Unterdrückung der Rumänen in Siebenbürgen und Bessarabien vor.

Rußland.

Fabrikpolizei. Im Anschluß an den im „Vorwärts“ veröffentlichten russischen Geheimbericht und die auf dem Umwege von London in letzter Zeit der deutschen Presse übermittelten Nachrichten über eine große soziale Arbeiterbewegung in Rußland dürfte eine aus Petersburg hier eingetroffene Mitteilung interessieren, der zufolge auf gemeinsame Initiative der Minister des Innern, der Finanz und des Ackerbaus von der Regierung eine besondere Polizei ins Leben gerufen ist, zwecks (politischer) Ueberwachung und Beaufsichtigung von Fabrik-, Bergwerks- und Landarbeitern. Die „Fabrikpolizei“ besteht aus 160 Beamten, die unter besonderer Berücksichtigung der Industriegebiete in das Reich hinans verteilt werden sollen. Ihr Budget wird eine halbe Million Rubel jährlich betragen; 50 000 R. jährlich sind allein für Ueberwachungsarbeiten bestimmt, woraus hervorgeht, daß die Beamten häufig wechseln sollen. Doch dieselben zu den Unternehmern in ein natürliches Abhängigkeitsverhältnis kommen, dafür ist von der arbeiterfreundlichen Regierung ebenfalls gesorgt: die Beamten werden nämlich verpflichtet, den Beamten — kostenfreie Wohnung, Licht und Heizung zur Verfügung zu stellen.

Sien.

Chinesisches. Der „Dahli Mail“ wird aus Hongkong gemeldet, daß der englische Militärattaché bei der Gesandtschaft in Peking am Sonntag in Macao verhaftet wurde, weil er sich weigerte, beim Vorüberzuge einer Prozession das Haupt zu entblößen. Der englische Konsul erreichte die Freilassung des Attachés.

Amerika.

Nachträge zum spanisch-amerikanischen Krieg. Die an Spanien zu leistenden 20 Millionen Dollar sollen durch Wechsel auf New-York gezahlt werden. Präsident Mc Kinley erteilt eine Kundgebung, in welcher der Wortlaut des spanisch-amerikanischen Friedensvertrages und die Thatsache der erfolgten Auswechslung der Friedensurkunden zur Kenntnis gebracht wird.

Partei-Nachrichten.

Die Leipziger Parteigenossen haben am Dienstagabend die Beschlüsse der letzten sächsischen Landeskonferenz in einer Parteiverammlung besprochen. Wie uns telegraphisch mitgeteilt wird, beschloß die Versammlung mit 4/5 Mehrheit, daß die Leipziger Parteigenossen sich an den Landtagswahlen nicht beteiligen sollen.

Nach dem Eintreffen ausführlicherer Berichte über den Verlauf der Versammlung werden wir hierauf zurückkommen. Wir müssen aber schon jetzt unser lebhaftestes Bedauern darüber ausdrücken, daß die Leipziger Parteigenossen sich durch ihren Beschluß in schwerer Weise gegen die elementaren Regeln der Parteipolitik und damit gegen das Wohl der Partei vergangen hat.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Ausgelöst** wurde seiner Zeit eine Versammlung in Magdeburg, in der Genosse Schmidt über die angekündigte Buchhausvorlage sprach. In Verfolg dieser Angelegenheit wurde gegen Schmidt ein Verfahren wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet. Auf erhobene Beschwerde hat jetzt der Regierungspräsident die Auflösung der Versammlung für ungesetzlich erklärt. Es ist demnach zu vermuten, daß auch das Verfahren gegen Schmidt eingestellt werden wird.

— **In drei Monaten Gefängnis** wurde Genosse Feldmann in Langenbielau als verantwortlicher Redacteur des „Proletarier“ verurteilt. Er soll einen Fabrikanten dadurch beleidigt haben, daß er den in dessen Fabrik gezahlten Wochenlohn mit 5-8 M. angab, während in Wirklichkeit ein Durchschnitts-Wochenlohn von 8,50-9,50 M. in dieser Fabrik erzielt wird. Werden angefaßt der hohen Strafe, die über den frechen Journalisten verhängt wurde, nun die glücklichen Arbeiter dieses Herrn Fabrikanten weit eher als Präster denn als die geschädigten Hungerleider erscheinen? — Genosse Feldmann war aus dem Gefängnis, in dem er gegenwärtig schon drei Monate verbüßt, zu der Verhandlung auf einen Tag beurlaubt worden.

— **Die Lanzenlaubid** für das zur Feier des 1. Mai geplante Lanzenzügen mit Festrede ist dem Wahlverein in Burgfried (Sachsen) polizeilich verweigert worden. Die hohe Behörde hat wohl damit der Meinung Ausdruck geben wollen, daß ein Lanzenzug keine des Weltfriedes der Arbeit würdige Feier ist.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Vergolder! Der Unternehmer Bergemann aus Ringstedt sucht jetzt persönlich in Berlin eifrig nach Arbeitskräften. Die Berliner Kollegen werden dringend gewarnt, als Arbeitswillige nach Dänemark zu gehen, ebenso ist der Zuzug nach Braumau in Böhmen und nach Wien streng fernzuhalten. Die Rahmen-Vergolder in Christiania (Norwegen) planen eine Lohnbewegung. Dieselben suchen namentlich die norddeutschen Kollegen, ihre Solidarität zu betheiligen, da hauptsächlich in Berlin und Hamburg Rahmen-Vergolder nach Christiania unter ungünstigen Bedingungen gelockt werden, in Wirklichkeit aber sehr schlechte Arbeitsverhältnisse vorfinden. Nähere Auskunft erteilt der Verbandsvorsitzende W. Schmorle, Chausseest. 42.

Deutsches Reich.

Die Hamburger Schuhmacher sind am Montag in den Ausstand getreten, weil die Forderungen: Minimallohn von 21 M. pro Woche, ein geringer Ausschlag bei den Accordarbeiten, sowie eine Werkstattdrängung mit geregelter 10 stündiger Arbeitszeit und Befreiung der Sonntagsarbeit sowie des Logiszwanges beim Arbeitgeber, nicht bewilligt worden sind. Inzwischen hat eine ganze Anzahl Arbeitgeber sich bereit erklärt, die Forderungen der Gehilfen zu bewilligen; bei diesen ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Die Streikenden sind sämtlich entschlossen, im Kampfe auszuharren, bis ihre beschiedenen Forderungen bewilligt worden sind.

In Rattowitz ist auf einem Neubau ein sogenannter „Arbeiterwohnheim“ vorgekommen, an dem sich vier Männer beteiligten. Da sie einige Baueinrichtungen zurückhielten und nun ankommende Kollegen vom Arbeitsantritt abhielten, werden sie wahrscheinlich, der in diesen Dingen herrschenden Spruchprozeß gemäß, hart bestraft werden.

Zur Aussperrung der Weber in Reichenbach in Schlesien. Die Fabrikanten haben jetzt eingesehen, daß es ein großer Fehler war, den Arbeitern zu kündigen. Jetzt giebt man sich großer Mühe, die Arbeiter wieder zum Arbeiten zu bewegen. Am Freitag hielten

die Aussperrten eine Versammlung ab, die von 1400 Personen besucht war. Kräftig aus Landesgut kritisierte scharf das Verhalten der Fabrikanten, die schuld daran seien, daß so viele arme Menschen der bittersten Not preisgegeben werden. Es wurde eine Resolution angenommen, wonach nicht eher die Arbeit aufgenommen werden solle, bis den Arbeitern die Forderungen, die sie auf das brutale Verhalten der Unternehmer gestellt haben, bewilligt werden. Die Fabrikanten ließen nun durch Plakate ansetzen, daß, wenn in sämtlichen Fabriken ein Viertel der Weber zur Arbeit zurückkehren, die Kündigung wieder zurückgezogen würde. Ferner hatte man für den Sonntag in den großen Saal eine sogenannte Arbeitswilligen-Versammlung einberufen, in welcher namentlich Herr Fabrikbesitzer Fleischer heftig auf die streikenden Arbeiter schimpfte. Auch einige Arbeitswillige nahmen das Wort; man mußte aber die Versammlung schließen, da diese Reden selbst unter den Arbeitswilligen den lebhaftesten Widerspruch hervorriefen. Das Resultat dieser sonnen Versammlung war denn auch, daß am Montag noch ein großer Teil der Arbeiter aufhörte. Die Fabrikanten waren übercocht. Was war hier zu thun? Nachgeben wollte man noch nicht und so sandte man die Meister, Aufseher und Buchhalter in die Wohnungen der Aussperrten, um diese zum Weiterarbeiten zu bewegen.

Am Montag tagte abermals eine Versammlung, die von 1600 Personen besucht war und einstimmig beschloß, nicht eher nachzugeben, bis den Arbeitern volle Genugthuung gewährt sei. Werden die Arbeiter unterzigt, dann muß die Gerechtigkeit über die Willkür siegen. — Geldsendungen richtete man an Richard Müller, Reichenbach i. Schl., Herstr. 46.

Menschenhandel. 5000 R. an einem „Geschäft“, an der Uebergabe von 200 galizischen Arbeitern an einen Agenten in Rybnik, hätten zwei galizische Menschenhändler verdient — 25 M. pro Kopf — wenn ihnen nicht von den Leuten selbst mit Gewalt die Hände abgenommen worden wären. Es ist die höchste Zeit, daß die Regierungen sich etwas um den Menschenhandel kümmern.

„Streitbrecher“. Vor dem Schöffengericht in Köln stand am Montag ein Erecuteur, weil er einen Verurteilten durch das Wort „Streitbrecher“ beleidigt haben soll. Das konnte durch die Zeugenvernehmung nicht erwiesen werden. Wohl aber erklärte ein Junge, der Beschuldigte habe in einer Versammlung gesagt: der andere habe „den Streik gebrochen“. Der Staatsanwalt beantragte Freisprechung; der Ausdruck, jemand habe „den Streik gebrochen“, sei etwas ganz anderes, als wenn gesagt worden wäre, der betreffende sei ein Streitbrecher. Das Gericht erkannte freisprechend.

Die Fischer in Hildesheim haben ihre Kündigung eingereicht, da eine gütliche Vereinbarung über die Lohnfrage an dem Widerstand der Meister scheiterte.

In der Waggonfabrik in Weimar sind wegen Nicht-Zumhaltung der vereinbarten Accordlöhne Differenzen ausgebrochen. Die Schmieße und Zuschläger haben die Arbeit eingestellt, und dürfte der Ausstand auch noch andere Berufe in Mitleidenschaft ziehen.

Die Schreinergehilfen in Schwabach haben den Meistern folgende Forderungen unterbreitet: Abschaffung der Accordarbeit und Einführung eines Stundenlohnes; Lohnerböschung von 3 Pf. pro Stunde; Minimalbezahlung für einen mittleren Gehilfen 25 Pf. pro Stunde.

Ausland.

In Karlobad sind im Baugewerbe größere Differenzen ausgebrochen. Die Arbeiter sträuben sich, eine Arbeitsordnung zu unterzeichnen, die ihnen eine Reihe entwürdigender Zumuthungen stellt. Der Zuzug ist ferngehalten.

Die norwegischen Gewerkschaftsvereine haben einen Central-Landesverband geschlossen unter dem Namen „Landesorganisation der norwegischen Fachvereine“. In den Osterferien fand ein zu diesem Zwecke berufener Kongress in Christiania statt, der von 73 Vereinen mit ca. 20 000 Mitgliedern durch 118 Delegierte besucht war. Damit ist der auf dem skandinavischen Kongress in Stockholm 1897 gefaßte Beschluß, in den drei skandinavischen Ländern Landesorganisationen zu schaffen, durchgeführt. Die dänische wurde im Januar 1898, die schwedische im August 1898 geschlossen und nun ist auch Norwegen gefolgt. Der norwegische Verband hat in den Hauptpunkten den dänischen zum Vorbilde genommen.

Sociales.

Das Krankenkassenwesen im Deutschen Reich. Nach den Zusammenstellungen des kaiserlichen statistischen Amtes gab es im Jahre 1897 im Deutschen Reich 22 477 Krankenkassen gegen 22 111 im Jahre 1896. Davon 6974 Betriebskassen, 4548 Ortskassen, 1422 eingetragene Hilfskassen, 563 Junngskassen, 261 landesrechtliche Hilfskassen, 92 Baukassen und 8587 Gemeinde-Krankenkassen ohne besondere Kasseneinrichtung. In diesen Kassen waren insgesamt 8 337 119 Personen versichert gegen 7 944 820 im Jahre 1896. Die größte Mitgliederzahl (absolut und relativ) weisen die Ortskassen auf mit 8 850 858 oder durchschnittlich per Klasse 846 Mitglieder. Darauf folgen die eingetragenen Hilfskassen mit 514, die Betriebskassen mit 309, die Junngskassen mit 246, die landesrechtlichen mit 224, die Baukassen mit 217 und die Gemeinde-Krankenkassen mit 159 Mitgliedern im Durchschnitt. Die Gesamteinnahmen betragen 167 810 000 M. Die Krankheitskosten betragen insgesamt 120 487 910 M. Das sind auf 1 Mitglied durchschnittlich 14,45 M.

Aus der Specialisierung der Krankheitsfälle, Krankheitsstage und Krankheitskosten ist besonders erwähnenswert die Thatsache, daß die Baukassen dabei in jeder Hinsicht an der Spitze stehen; sie haben die meisten Erkrankungsfälle (0,82), die meisten Krankheitsstage (8,44) und die höchsten Krankheitskosten (20,74 M.) pro Mitglied. Daraus ist zwar noch nicht ohne weiteres der Schluß zu ziehen, daß es keinen gefährlicheren Beruf wie den der Bauarbeiter giebt, denn bei allen übrigen Klassen ist keine Scheidung nach Verufen vorhanden, aber daß dieser Beruf zu den gesundheitschädlichsten gehört, dürfen die Zahlen doch erweisen. Am günstigsten erscheinen nach der Richtung die Gemeinde-Krankenkassen mit 0,25 Erkrankungsfällen und 4,28 Krankheitsstagen pro Mitglied. In ihnen sind ohne Zweifel mehr landwirtschaftliche Arbeiter wie in jeder anderen Kasseneinrichtung vertreten.

Ein Frauen-Gesundheitsheim ist von der Ortskrankenkasse Dresden im Anschluß an das für Männer schon bestehende Gesundheitsheim im „Bismarckhöhe“ errichtet worden. Es ist mit 26 Betten ausgestattet und kann bis auf 48 Betten gebracht werden. Die Ausstattung ist nach der in der „Säch. Arbeiterzeitung“ gegebenen Schilderung sehr komfortabel und keineswegs mit dem oben Finerlei unserer öffentlichen Krankenhäuser zu vergleichen. Es wurden gleich 16 Pflanzlinge in die Anstalt aufgenommen.

Gerichts-Beitrag.

Falschschneider. Ein umfangreicher Bucherprozeß kam gestern vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung. Als Angeklagte erschienen: 1. Der Agent Hermann Gedede aus Zerpflau, 2. der Händler Karl Gottlieb Stahl, 3. der Schreiber Ernst August Dönnies, 4. Frau Auguste Albertine Conrad, geb. Binder, 5. der Friseur Theodor Ludwig. Die ersten drei Angeklagten sind des gewerbs- und gewohnheitsmäßigen Buchers, die letzten beiden der Beihilfe beschuldigt. Sie werden von den Rechtsanwälten Udermann, Dr. Schwindt, Wederns, Dr. Flatau und Bronker verteidigt. — Der Agent Gedede betreibt seit einigen Jahren hier gewerbsmäßig die Vermittlung von Hypothekendarlehen, Erbkaufsläusen und die Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten. Daneben hat er seit einigen Jahren auch Darlehen, Schuldscheine und Wechsel gegeben. Da er selbst keine Geldmittel hatte, mußte er sich an Geldleute wenden, die das Geld zu den Darlehensgeschäften hergaben und dann den Gewinn mit ihm teilten. Die Angeklagten Stahl und Ludwig sollen solche Geldleute gewesen sein.

Gededes Kundschaft setzte sich aus Leuten zusammen, die durch Darlehensannoncen Geld suchten und denen er sich selbst als Darlehensgeber anbot. Andere sollen ihm von der Frau Conrad zugeführt worden sein, die mit ihm in fortwährender Verbindung stand. Die Geldgeschäfte Gededes nahmen einen solchen Umfang an, daß er sie nicht allein bewältigen konnte und deshalb den Angeklagten Dönnies als Buchhalterin als Abstreberin übernahm. Außerdem war eine Zeit lang eine Buchhalterin als Abstreberin thätig. Der Regel nach verhandelte Dönnies mit den Darlehenssuchern, da er viel gewandter war als Gedede. Er zog die Erfindungen über die Darlehenssucher ein, trat auch gelegentlich als Bevollmächtigter Gededes in Prozessen auf und erhielt für seine Thätigkeit 5 Proz. des von Gedede durch seine Geschäfte erzielten Reingewinnes. Die Verhandlungen pflegten sich nach der Prüfung der Sicherheit wie folgt abzuspielen: Wenn die Darlehenssucher fragten, was sie für die Vermittlung schuldig seien, so meinte Gedede: Das müßten sie selbst wissen, fordern könne er nichts; dann boten die Kunden gewöhnlich eine genügend hohe Summe an. Sie waren meist in solcher Verlegenheit, daß sie von vornherein jede noch so hohe Provision zu zahlen geneigt waren. Gedede nahm dann mit seinem Geldgeber Rücksprache, und wenn die gewährte Sicherheit als genügend erschien, so wurde dem Darlehenssucher zugerechnet, eine höhere Summe als die geforderte aufzunehmen „zur Ersparrung von Kosten“ oder „weil der Geldmann so niedrige Summen, wie die verlangte, nicht ausleihe“. Die Geldsumme, für welche die Darlehenssucher gewöhnlich einen Wechsel mit kurzer Fälligkeit ausstellen mußten, wurde auf den Tisch gebracht, doch ehe sie in die Tasche des Empfängers wanderte, wurden als „Zinsen“, „Provision“ u. dgl. sofort Beträge abgezogen, die sich nach Ansicht der Anklagebehörde als wucherische Vorteile darstellten. Stahl erhielt in der Regel die Hälfte bis 2/3 der Abzüge, Dönnies 1/3, 5 Proz. des Reingewinnes. Ludwig, der wiederholt Geld für Gededes Geschäfte hergegeben hat, soll gleichfalls in solchen Fällen die Hälfte der Provision erhalten haben. Zur Anklage stehen 11 Fälle des verschleierten und wechselmäßigen Buchers, die ohne besonderes Interesse sind, aber eine so umfangreiche Verzweigung beanspruchen, daß für die Verhandlung zwei Sitzungstage in Anspruch genommen werden. Den Vorsitz führt Landgerichts-Direktor Dr. F. J. Sch. die Anklage vertritt Staatsanwalt Heldig.

In dem heute, Donnerstag, vor dem Schwurgericht beginnenden Prozeß gegen den Säuerer Hugo Gutmann wegen Ermordung der Bertha Singer hat im letzten Augenblicke neben dem Rechtsanwalt Dr. Schwindt auch noch Justizrat Dr. Sello die Verteidigung des Angeklagten übernommen. Das Interesse des Publikums an den in Aussicht stehenden Verhandlungen ist so groß, daß die Einlasskarten zum großen Schwurgerichtssaal, ohne welche der Zutritt nicht gestattet ist, schon längst vergriffen sind. In der Sache selbst haben neuerdings noch einige Erhebungen stattgefunden. Kriminalinspektor Braun, der die Ermittlungen geleitet hat, hat dieser Tage an Ort und Stelle festgestellt, ob es möglich ist, daß ein aus dem Zimmer der Ermordeten dringendes großes Hilfeschrei in einer auf der anderen Seite der Straße liegenden Wohnung gehört werden kann. Ein Zeuge will zu einer bestimmten Zeit in der Morgendämmerung ein solches Geschrei gehört haben.

Von der Duldsamkeit im christlichen Staate. Das Disziplinarverfahren gegen den Gemeindevorsteher Schulte aus Rahmity wurde gestern vom Oberverwaltungsgericht in nicht öffentlicher Sitzung beendet. Schulte hatte im Sommer 1896 an Frau Palm, deren sich viele Berliner Parteigenossen und Genossinnen erinnern werden, eine Wohnung vermietet. Das fragliche Haus befand sich außerhalb seines Amtsbezirktes. Der Landrat des Kreises Jand. v. Belgig, ein Herr v. Stillingen, forderte damals den Gemeindevorsteher auf, Frau Palm binnen drei Tagen aus der Wohnung zu entfernen. Dies Verlangen wurde damit begründet, daß Frau Palm eine socialdemokratische Agitatorin sei. Schulte erinnerte sich des biblischen Gebotes in Exr. 13, 2 und erfüllte das Gebot des Landrats nicht, worauf v. Stillingen die Eröffnung des Disziplinarverfahrens und die vorläufige Dienstenthebung des Gemeindevorstehers verfügte. Das Gericht erster Instanz erkannte demnach auf Dienstentlassung des Herrn Schulte. Wie wir hören, hat jetzt das Ober-Verwaltungsgericht diese Entscheidung bestätigt.

Solche Bethätigung hat uns in der Agitation wesentliche Dienste geleistet und wird uns auch ferner zu statten kommen.

Nochmal das „famose“ Betragen des Prinzen Radziwill. Aus Halle a. S. wird uns vom 11. April berichtet: Wegen Verleumdung der Staatsanwaltschaft wurde in heutiger Strafkammer Sitzung der Redacteur des „Vollblatts“, Genosse Swienty zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Er hatte am 8. Februar d. J. im lokalen Teil einen Artikel veröffentlicht, in dem er auf das Betragen des Prinzen v. Radziwill und die Verhandlung des Motorwagenführers Groth, der von dem Prinzen in das Gefährt gepußt worden, hingewiesen und kritisiert hatte, daß der Prinz nicht mit angeklagt worden war. Wir haben seiner Zeit darüber berichtet, und wollen nur mitteilen, daß damals gesagt wurde, v. Radziwill werde, da er unter dem Militär sei, von dem Militärgericht abgeurteilt werden. Heute stellte sich nun heraus, daß v. Radziwill strafrei ausgegangen ist, weil der bespottete Wagenführer Groth den Strafanklag wegen Verleumdung zurückgezogen und das Militärgericht nicht als erwiesen angenommen hat, daß seitens des v. Radziwill grober Unfug vorliege. Das Gericht erblühte in dem in Frage kommenden Artikel des „Vollblatts“ für den Staatsanwalt den Vorwurf der Parteilichkeit.

Letzte Nachrichten und Deyeschen.

Wien, 12. April. (W. S.) Offiziell wird die Auflösung der deutsch-nationalen Vereine mit deren politischen, anti-österreichischen, hochberräterischen Umtrieben motiviert.

Paris, 12. April. (W. S.) Wie aus bester Quelle versichert wird, hat der Kassationshof beschlossen, alle Geschworenen des Dreyfus-Prozesses vorzuladen und zu vernehmen. Weiter heißt es, der frühere Präsident der Republik, Kasimir Perier, solle dem General Perrier gegenübergestellt werden.

Paris, 12. April. (W. S.) Wie die Abendblätter melden, hat Kapitän Frey-Städten den Marineminister um eine Audienz erlucht, in welcher er ihm die Ursache über die Beurteilung Dreyfus mitteilen will.

Seraing (Belgien), 12. April. (W. L. S.) Dreitausend Grubenarbeiter sind in den Ausstand getreten und verlangen eine 15prozentige Lohnerhöhung. Man befürchtet, daß der Ausstand sich auf den ganzen Lütticher Grubenbezirk ausdehnen wird.

London, 12. April. (W. S.) Der deutsche Botschafter Graf Hayfeld ist hier eingetroffen, um die Vorstellungen der kaiserlichen Regierung gegen das Borgehen der englischen und amerikanischen Behörden in Samoa energisch zu betreiben.

Udermann, Bessarabien, 12. April. (W. L. S.) In der hiesigen kaiserlichen Spiritusrefikulation erfolgte heute eine, wahrscheinlich durch einen Spiritus gefüllten Feuerfinten verursachte, Explosion. Sechs Personen wurden getödtet, neun verletzt. Die Gebäude wurden zerstört.

San Francisco, 12. April. (W. L. S.) Aus Ausland eingegangene Nachrichten zufolge war der Kampf in der Nähe von Apia am 1. April sehr heftig. Die amerikanischen und britischen Matrosen wurden wiederholt von den Angreifern, welche sie durch ihre numerische Uebermacht zu bezwängen suchten, zurückgeschlagen. Die Leichen der gefallenen Offiziere und Matrosen wurden mit militärischen Ehren in Matina beigesetzt. Dierzig Matrosen-Leute wurden getödtet, eine Anzahl derselben verwundet. Die letzteren wurden von den Aufständischen mitgenommen.

Freitag

68. Sitzung, Mittwoch, 12. April 1899, 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: v. Pöbdeleki. Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung der Novelle zum Postgesetz...

Staatssekretär v. Pöbdeleki:

Der heute zunächst zur Beratung stehende Entwurf bildet eine Erweiterung des im vorigen Jahre bekanntlich nicht erledigten. Während dort aber im wesentlichen nur die Erhöhung der Gewichtsgrenze und Tarifermäßigungen für den Nachbarorts-Verkehr vorzulegen war, enthält die neue Vorlage außerdem einen veränderten Post-Zeitungsartikel...

Die Post ist ferner nicht im Stande, dem Allgemeininteresse zu dienen, wenn ihr gerade an verkehrreichen Orten beträchtliche Einnahmen durch die Privatpost entzogen werden, die sich um die verkehrschwachen Orte und die Landbezirke nicht kümmern...

Herr Dr. Marcour (L.):

Wir halten den Herrn Staatssekretär durchaus nicht für den unverständigen Mann, wie einzelne Prolegomane ihn genannt haben. Besonders begehren wir in der Vorlage die Porto-Ermäßigungen, die Folge der Ausdehnung des Regals kann man verschieden beurteilen...

sie sind verboten oder sie sind erlaubt. Die teilweise Konzession könnte zu den schlimmsten Mißbräuchen führen. Was den Post-Zeitungsartikel anlangt, so hat die Neuordnung für den ersten Augenblick ja etwas Bescheidendes...

Staatssekretär v. Pöbdeleki:

Ich will nur zwei Punkte hervorheben. Zunächst will ich festsetzen, daß beim Artikel 3 keinerlei fiskalische Mißbräuche vorliegen. Das könnte durch einen Zusatz eventuell noch näher präzisiert werden...

Herr v. Waldow und Dr. v. Treuschke (L.):

Wir erklären in der Vorlage das Bestreben, lang anerkanntes Mißbräuche zu beseitigen. Wir begründen vor allem die Erhöhung des Briefgewichts. Gegen die Befreiung der Privatposten haben wir nichts einzuwenden...

Herr Singer (Soz.):

Die ganze Vorlage geht von dem Grundsatz aus, den der Herr Staatssekretär des Reichspostamts ja auch heute hier besonders hervorgehoben hat, daß jede Verbilligung in der Postverwaltung einer bestimmten Kompensation bedürfe...

Der prinzipiell wichtigste Punkt ist die Erweiterung des Postregals. Entsprechend unseren prinzipiellen Grundgedanken sind wir nun nicht in der Lage, eine Erweiterung des Postregals grundsätzlich abzulehnen...

Die sehr wichtige Frage ist ferner die der Herabsetzung des Post-Zeitungsartikels. Das Prinzip, von dem die Vorlage in diesem Punkte ausgeht, stellt zweifellos eine Verbesserung der gegenwärtigen Verhältnisse dar...

Herr Dr. Marcour (L.):

Auf die vom Herrn Singer bemängelte ratenweise Zahlung bin ich durch die Kommissionsverhandlungen über das Tabakmonopol gekommen, lege aber kein großes Gewicht darauf...

Mich.) Niedrigens stellt diese ganze Frage für unsere Stellungnahme nicht die geringste Rolle.

Was den Artikel 3 anlangt, so schreibe ich mich den dazu geäußerten Bedenken des Herrn Kollegen Marcour vollständig an. Der Hauptbedenken aber richtet sich gegen die Befreiung der Expresse für Zeitungen...

Der Artikel 3 will das Postmonopol eventuell ausdehnen auf die Beförderung von unerschlossenen Briefen, Drucksachen usw. Wir stellen uns grundsätzlich so dazu, daß wir das Regal nur unter der Bedingung erweitern, daß die Reichs-Postverwaltung wenigstens annähernd dieselbe Preisreduktion gewährt...

Sehr entscheidend für uns ist auch die schließliche Bestimmung des Teils der Vorlage, der die Entschädigungen betrifft. Wir stehen aber offenbar vor einer recht verwickelten Verhandlung der beiden Gruppen: der Privatgesellschaften und ihrer Angestellten...

Wenn uns das Schicksal der Privatpostanstalten sehr wenig zu Herzen geht, so berührt uns der Schicksal der Angestellten der Privatposten um so lebhafter. Die Vorschläge der verbündeten Regierungen in dieser Hinsicht haben gar nicht das Recht auf den Namen Entschädigung...

Staatssekretär v. Pöbdeleki:

Auf die vom Herrn Singer bemängelte ratenweise Zahlung bin ich durch die Kommissionsverhandlungen über das Tabakmonopol gekommen, lege aber kein großes Gewicht darauf...

*) Art. 3 lautet: Anstalten zur gewerkschaftlichen Einnahmungs, Beförderung oder Verteilung von unerschlossenen Briefen, Karten, Drucksachen und Warenproben, die mit der Aufsicht bestimmter Empfänger versehen sind...

Abg. Dr. Gasse (noll.):

Wir sind für die Erweiterung des Postregals unter der Voraussetzung, daß die Privatposten und ihre Angestellten entschädigt werden. Ich bin derselben Ansicht wie Abg. Singer: daß es im Interesse der Leute liegt, das ganze Geld auf einmal zu bekommen, denn viele werden Kapital zu einem neuen Gewerbe brauchen. Dem Zeitungstarif stehen wir sympathisch gegenüber, wünschen aber, daß der Abonnementpreis nicht in Rechnung gezogen, und daß die Befreiung der Expreßboten für einen Umkreis von 30 Kilometern erlaubt wird. Ich beantrage die Ueberweisung der Vorlage an die Budgetkommission.

Abg. Dr. Paschke (fr. Sp.):

hält eine besondere Kommission für geeigneter. Mit der Vorlage sind wir nur teilweise einverstanden. Der Hauptpunkt, die Erbschaftsteuer der Privatposten, ist uns sehr unpopulär. Die Privatposten haben sich den Anforderungen der Großstädte angepaßt, und eine solche Anpassungsfähigkeit besitzt kein Staatsbetrieb. Wir glauben auch nicht recht, daß alle Ermäßigungen, die uns heute in Aussicht gestellt wurden, eingeführt werden. Kommt es aber zur Abschaffung der Privatposten, so ist eine gleichmäßige Entschädigung der Besitzer wie der Angestellten notwendig. Auch gegen den Post-Zeitungstarif in der vorgeschlagenen Form sind wir. Man spricht so geringfügig von Annoncenblättern und von den billigen Lokalanzeigern. Die Annoncen sind aber das tägliche Brot der Zeitung. Ist denn die Billigkeit an sich ein Fehler? Gerade durch ihre Billigkeit dringt die Zeitung, die geistige Nahrung, in die tiefsten Schichten des Volkes. Eine Würdigung des Abonnementpreises ist daher durchaus zu empfehlen. Ein Plus würde die Reichs-Postverwaltung auch bei diesem Tarif noch heraus schlagen. Die Auswahl der Woche, in der die Ermittlung des Gewinns der Zeitungen vorgenommen werden soll, kann unmöglich der Post überlassen bleiben. Ein viel einfacher Weg wäre der, daß man am Schlusse des Jahres den ganzen Jahrgang, der bei dem Verleger aufgehoben werden mußte, wiegt. Das Schicksal der Vorlage wird abhängig sein von dem Entgegenkommen der Regierung.

Staatssekretär v. Pöbbecke:

erklärt, die Frage des Bestellgeldes werde in der nächsten Session in Angriff genommen werden; in der Expreßfrage sei er zu einem Entgegenkommen bereit.

Abg. Graf v. Bernstorff-Lauenburg (Sp.) erklärt sich mit der Vorlage im allgemeinen einverstanden; einzelne Bedenken gegen den Zeitungstarif müssen noch in der Kommission erörtert werden. Er wünscht, daß die Vorlage bald Gesetz werde, da, je mehr die Zeit vorrückt, die Entschädigungsfrage immer schwieriger werde.

Die Weiterberatung wird auf Donnerstag 1 Uhr verlegt. Schluß 5 1/2 Uhr.

Tokales.

Die amtliche Ermittlung des Ergebnisses der Reichstagswahl im zweiten Berliner Wahlkreise wird Sonnabend, den 15. April, vormittags 10 Uhr, im Saal der Gemeindegemeinschaft am Tempelhofer Ufer stattfinden.

Unser Wahltag hat auch unter den Parteigenossen außerhalb Berlins große Freude hervorgerufen. So erhalten wir aus Leipzig folgendes Telegramm: „Die im Pantheon stattfindende stark besuchte Parteiverammlung sendet den Berlinern zu ihrem Wahltag im zweiten Wahlkreise Glückwunsch und Bravo!“

Wie stark das Interesse der auswärtigen Parteigenossen für den Ausfall der Wahl gewesen ist, kann man daraus entnehmen, daß wir am Dienstagabend auf telegraphische Anfragen 27 mal telegraphisch den Sieg Fischers nach auswärts verkünden mußten. Dabei wollen wir auch nicht unerwähnt lassen, daß wir am Wahlabend — 87 mal telephonische Anrufe über das Wahlergebnis geben mußten. Zu den angenehmen Erinnerungen unserer Redaktions-thätigkeit gehören diese 87 Telephongespräche nicht.

Der frühe Beginn des Unterrichts im Sommer

Es für die untersten Klassen eine Härte, unter der die Eltern kaum weniger als die Kinder zu leiden haben. In den Gemeindegemeinschaften müssen selbst die Allerkleinsten im Sommer schon um 7 Uhr antreten. Das ist entschieden zu früh. Die Kinder sollen des Morgens ordentlich gewaschen werden, sie sollen sich, wenn möglich, schon allein anziehen, sollen ihre natürlichen Bedürfnisse verrichten, in Ruhe ihr Frühstück einnehmen und den Weg zur Schule ohne Hast zurücklegen. Alles das erfordert zusammen mindestens eine volle Stunde. Dann müssen aber die Kinder, wenn sie um 7 Uhr schon in der Schule sitzen sollen, spätestens schon um 8 Uhr aufstehen. Am werden von den Schulhygienikern für 6-7jährige Kinder elf Stunden Schlaf gefordert. Das gilt als das Mindestmaß, unter das nicht hinabgegangen werden darf, wenn nicht die Entwicklung des Kindes beeinträchtigt und seine Widerstandsfähigkeit gegen Krankheiten vernichtet werden soll. Danach müßten die sechs-jährigen Kinder spätestens um sieben Uhr abends ins Bett gesteckt werden. Leider hat das seine Schwierigkeiten. Der kindliche Geist ist in diesem Alter meist schon so rege, daß gesunde Sechsjährige unter normalen Verhältnissen auch im Winter nur schwer vor 8 Uhr abends einschlafen. Im Sommer, besonders bei großer Hitze, ist das noch weniger zu erreichen, und von einem Einschlafen gar um 7 Uhr kann da vollends keine Rede sein. Daß die Kinder schon so zeitig ins Bett gesteckt und zum Einschlafen gebracht werden, das ist also selbst da schwer durchführbar, wo man ihnen besondere Schlafräume zur Verfügung stellen und sie vor Störungen behüten kann. Es ist geradezu unmöglich in den zahlreichen weniger bemittelten Familien, die auf 1 oder 2 Räume angewiesen sind. In solchen Familien kommt überdies vielfach nicht nur der Vater, sondern auch die Mutter des Abends erst um 7 Uhr oder noch später von der Arbeit heim. Dann soll zunächst das Abendessen bereitet und eingenommen werden, das hier oft die Hauptmahlzeit bildet und das ausgefallene Mittagessen ersetzen muß. Viel vor 9 Uhr kommt da kaum ein Kind ins Bett. Von dem sehr berechtigten Wunsch, an heißen Tagen die kühleren Abende noch mit den Kindern zusammen im Freien zuzubringen, muß natürlich vollständig abgesehen werden. Diesen Wunsch müssen sich mit Rücksicht auf den frühen Beginn des Unterrichts selbst diejenigen Eltern verlagern, die nicht gerade bis in die finstende Nacht hinein an die Arbeit gefesselt sind. — Für den frühen Beginn des Unterrichts auch in den untersten Klassen sind unseres Wissens bisher hauptsächlich zwei Punkte angeführt worden. Man hat gesagt, es sei besser, alle Klassen zu derselben Zeit anfangen zu lassen, weil dann die jüngeren Kinder durch die älteren Geschwister mit zur Schule genommen werden können. Dieser Einwand ist wenig stichhaltig. Da die untersten Klassen bei der jetzt bestehenden Einrichtung früher als die anderen (um 10 bzw. 11 Uhr) schlafen, so müssen die Kleinen auf dem Nachhausewege die Begleitung der älteren Geschwister ja doch entbehren. Gerade hier aber hätten sie sie eher nötig, da der Wagnerslehre gegen Mittag lebhafter ist als in den Morgenstunden. Wer die jüngeren Geschwister durch die älteren beschützt zu sehen wünscht, der sollte eigentlich nicht den Beginn, sondern lieber den Schluß des Unterrichts für alle Klassen möglichst auf denselben Zeitpunkt legen. Der zweite Einwand ist der, daß ein späterer Beginn auch einen späteren Schluß bedingt, daß dann aber an heißen Sommertagen die Kinder in den letzten Stunden schon zu schlafen sind und auch auf dem Nachhausewege unter der Mittagshitze zu leiden haben. Bei den total unzulänglichen hygienischen Verhältnissen der Berliner Gemeindegemeinschaften ist dieser Einwand allerdings nicht abzuweisen und es trifft auch zu, daß gerade die jüngsten Kinder am sorgfältigsten vor Erschlaffung be-

wahrt werden müssen. Glücklicherweise giebt es hier aber ein Radikalmittel, das nicht nur diesen Uebelstand, sondern auch gleich eine ganze Reihe anderer Uebelstände beseitigt, an denen unsere Gemeindegemeinschaft leidet. Man schaffe 8stufige Schulsysteme, entlaste durch eine bessere Verteilung des Lehrstoffes die untersten Klassen und beseitige die Ueberfüllung. Dann wird man bei den Sechsjährigen mit 12 Stunden statt mit 22 pro Woche auskommen, und es dürfte dann kaum noch etwas dem im Wege stehen, daß man für sie den Unterricht auch im Sommer nicht um 7, sondern um 8 oder 9 Uhr beginnen läßt. Es geht nicht an, diese vom hygienischen wie vom pädagogischen Standpunkte gleich berechtigte Forderung mit den Worten „Verwechslung“ und „Verzärtelung“ abthun zu wollen. Kinder, die jeden Morgen mit Gewalt aus dem Schlaf gerissen werden müssen und dann verschlafen und äbel gelaunt zur Schule kommen, werden dadurch in ihrer geistigen Entwicklung ebenso sehr wie in ihrer körperlichen geschädigt.

Zur Kassenarztsfrage hat der Ausschuss der preussischen Kergelammern in folgenden Leitenden Stellung genommen:

1. Die freie Kergewahl bei allen Krankenkassen liegt im Interesse der Kassenmitglieder und der Kerge. Sie ist zunächst bei den Ortskrankenkassen und den freien Hilfskassen einzuführen.
 2. Der Begriff Arzt und ärztliche Hilfe ist unzweifelhaft im Gesetz festzulegen. Zur ärztlichen Behandlung sind ausschließlich in den deutschen Bundesstaaten approbierte Kerge berechtigt.
 3. Die Mindestleistungen der Kasse an ärztliche Hilfe sind gesetzlich festzulegen, daß die Kassen die Mindestsätze der ärztlichen Gebührenordnung oder die örtlichen Mindestsätze bezahlen. Jedenfalls dürfen die Kassen nach Erreichung der gesetzlichen Höchstbeträge nicht eher an die Erhöhung ihrer Leistungen gehen, als sie die Mindestsätze der Tage den Ärzten bezahlen.
 4. Die Bedingungen, unter denen die Ausübung lasserärztlicher Tätigkeit zu erfolgen hat, werden durch einen schriftlichen Vertrag zwischen Arzt und Kassenvorstand festgelegt. Der Vertrag bedarf der Genehmigung durch eine staatlich anerkannte Landesvertretung der Kerge.
 5. Der Einführung von Schiedsgerichten (bestehend zur Hälfte aus bei Krankenkassen beschäftigten Kergern und Vorstandsmitgliedern der Krankenkassen) mit gesetzlichen Befugnissen bei Streitigkeiten zwischen Kergern und Krankenkassen ist im Krankenversicherungsgesetz Ausdruck zu geben.
 6. Personen, die ein jährliches Gesamteinkommen von über 2000 M. haben, dürfen nicht in den Krankenkassen versichert sein.
- Der Ausschuss wie an den Medizinalminister eine Eingabe richten, er möge auf eine Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes im Sinne dieser Leitenden hinwirken.

Es ist nicht ersichtlich, weshalb die freie Kergewahl nur bei Ortskrankenkassen und Hilfskassen eingeführt werden soll. Abgesehen davon, daß wir einen Zwang bei Regelung der Kassenarztsfrage verwerfen, erscheint das Verlangen, nur einige Kassen unter diesen gesetzlichen Zwang zu stellen, höchst einseitig und ungerecht.

Bei den Fabrik-Krankenkassen und Innungskassen sind die Kerge durchaus nicht besser gestellt als bei den Ortskassen und freien Hilfskassen. Die Thatsache aber, daß die Herren an den vorwiegend der Gewalt des Unternehmertums unterworfenen Kassen mit ihren Forderungen lächerlich vorbeigehen, sieht gerade so aus, als ob sie mit der Arbeiterschaft schon anbandeln möchten, aber nicht den Mut hätten, es mit dem Unternehmertum zu verderben. Mancher Arbeiter mag sich hier der Hilfe erinnern, die den Kergern voriges Jahr in Remscheid vom Unternehmertum zu teil wurde und an das Sprichwort denken: „Eine Hand wäscht die andere.“

In dem Verlangen, nur in Deutschland approbierte Kerge zur Kassenpraxis zuzulassen, steckt ein gutes Stück Humstropf und Brotneid, denn damit wäre den Kerginnen die Ausübung der Praxis in den Krankenkassen verboten. Gegen eine derartige engherzige Forderung muß entschieden protestiert werden. Ebenso unbillig ist das Verlangen, die ärztliche Hilfeleistung nach den Mindestsätzen der Gebührenordnung zu bezahlen. Das würde den Kassen jährlicher Kassen bedeuten, denn die Leistungen der Kassen für Kergonorate müßten um das Doppelte und Dreifache erhöht werden. Ueber die Begrenzung der Versicherungspflicht wird hoffentlich nicht nur der Interessentendruckpunkt der Kerge entscheiden, sondern auch das Bedürfnis der versicherungspflichtigen Arbeiter. Im ganzen zeigen die Leitenden des Ausschusses der Kergelammern in Preußen einen vom Konkurrenzneid beherrschten und gegen die Krankenkassen wahrlich nicht wohlwollenden Standpunkt.

Aus dem städtischen Krankenhaus Moabit. Der jetzt erscheinende ärztliche Bericht pro 1897/98 enthält die beachtenswerte Mitteilung, daß dem Krankenhaus im Berichtsjahre eine „auf fallend große“ Zahl von Kindern des ersten Lebensjahres, namentlich aus der Waisenspflege, zugeführt worden ist. Unter diesen „in äußerster eie dem Ernährungs zustande“ eingeliefertten Kindern, die zumeist an Magenkatarrach zu Grunde gingen, betrug die Sterblichkeit rund 78 Prozent. Der Bericht hebt hervor, daß die Gesamtsterblichkeit der betreffenden Abteilung und auch der Anstalt überhaupt dadurch in merkwürdiger Weise erhöht wurde. Diese Angaben des Krankenhaus-Berichtes werfen ein recht unangünstiges Licht auf unsere Waisenspflege und lassen die Forderung, das Kostgeld für die in Familienpflege gegebenen Waisenkinder bezu. das Pflegegeld für die der Mutter als Pflegerin belassenen Waisen zu erhöhen, doppelt berechtigt erscheinen.

Ein Rengleriger. In der „Volk-Zeitung“ erließ ein Maschinenfabrikant Wegener in Salzwedel vor einigen Tagen folgende Annonce: „Stellmacher auf Maschinenbau. Verheiratete, welche Lebensstellung suchen, wollen sich melden.“

Als ein Stellmacher sich darauf unter Darlegung seiner Fähigkeiten schriftlich um die Stelle bewarb, erhielt er ein hektographiertes Formular zugesandt, auf dem in klassischem Deutsch folgende Fragen verzeichnet standen: „Bezugnehmend Ihrer Anfrage erlaube ich folgende Fragen zu beantworten: Wo sind Sie geb.? Wann? Wie groß? Wie schwer? Waren Sie Soldat? Welche Religion? Verheiratet? evl. wie viel Kinder? Wo haben Sie die letzte 2 Jahre gearbeitet, u. von wann bis wann? und auf was? Wie viel Vermögen mit dem Ihrer Frau wenn verheiratet besitzen Sie? Erlaube ich Arbeitsentlassungen evl. auch Photographie bei zu fügen, welche im nicht convalidierenden Fall umgehend zurücksende.“

Was die Religion, die Schwere und der Militärstand des Stellmachers, sowie das etwa vorhandene Vermögen seiner Frau mit dem Arbeitsverhältnis zu thun hat, wird vielen Leuten und vielleicht sogar Herrn Wegener selber ein Geheimnis sein.

Von der elektrischen Hochbahn. Der Einspruch der Stadtgemeinde Schöneberg gegen die Anlage einer Rampe auf dem Nollendorfsplatz zwecks Niederführung der elektrischen Hochbahn nach dem Entwurfe der Gesellschaft für den Bau von Hoch- und Untergrundbahnen ist jetzt vom Provinzialrat endgültig zurückgewiesen worden. Da dieser die letzte Instanz in der Angelegenheit bildet, so kann demnach mit dem Bau begonnen werden.

Folgende Krankenkassen ist die Bescheinigung erteilt worden, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Kranken-Versicherungsgesetzes genügen. Centrale Kranken- und Sterbekasse der Kautschuk- und verwandten Berufsgenossen zu Berlin (E. G.), Kranken- und Sterbekasse der Fuhrherren, Kautschuk- und verwandten Berufsgenossen „Eintracht“ zu Berlin (E. G.), Wittenbergische Handwerker-Krankenkasse (E. G.), Krankenlosse des Hilfsvereins für weibliche Angestellte (E. G.) in Berlin, Vereinigte Sterbe- und Krankenlosse zu Französisch-Buchholz.

Die Fundamentierungsarbeiten an der Möckern-Brücke über den Landwehrkanal werden seit geraumer Zeit Tag und Nacht gefördert. Ganze Lastwagen von zerleinerten Ziegeln werden mit Cement zu großen Macadamsteinbettungen unter Wasser verarbeitet. Die Ziegeln für den massiven Oberbau sind bereits

angefahren. Die Bescheinigung des Baues ist wegen der allzu großen Schwierigkeiten erforderlich, mit der der ungemein starke Frachtverkehr vom und zum Anhalter Güterbahnhof durch die Ecken und Winkel der Rotbrücke zu lämpfen hat.

Bei einer mutigen That ist vorgestern nachmittag in der Bellealliancestraße der 20 Jahre alte Hausdiener Hans Hilpert schwer verunglückt, der in der Rannstr. 110 bei seinen Eltern wohnt und in einer Dampfströmerei beschäftigt ist. In der Nähe des Halleischen Theaters schaute das Pferd eines Wagens der elektrischen Straßenbahn und ging durch. Hilpert ließ seinen Handwagen stehen und warf sich, um andere vor Unheil zu bewahren, dem Tiere in die Hugel. Leider kam er zu Falle, wurde ein Stück Weges noch mitgeschleift und blieb dann schwer verletzt auf dem Pflaster liegen. Ansehend fast leblos wurde er auf die Unfallstation 18 in der Bellealliancestraße gebracht. Hier stellte der Arzt mehrere Rippenbrüche, schwere Kopfwunden, Abschürfungen an den Händen und innere Verletzungen fest und ließ daher den Verunglückten nach der Charitee bringen. Das durchgegangene Pferd war bald angehalten worden, und der Besitzer des Fuhrwerks hatte mit diesem den jungen Mann selbst nach der Unfallstation gebracht.

Gegen den Engros-Schlächtermeister Paul G., der am Sonntag eine Briestafel mit ca. 20000 Mark verloren haben will, ist, wie die „Allgemeine Fleischer-Zeitung“ meldet, wegen Betrugens von einigen Viehkommissionären, denen er mehr als den verlorenen Betrag schuldet, Anzeige erstattet worden. Von G., der schon einmal afforbiert hat, ist zu Montag eine Gläubiger-Versammlung einberufen worden.

Als Mitglied der Diebes- und Schlerbande Graf und Genossen, die seit einigen Jahren hier die Massen-Schubdiebstahle verübten, ist neuerdings ein Arbeiter H. in Haft genommen worden. Es befinden sich nunmehr acht Angehörige der Bande hinter Schloß und Riegel.

Mit dem Bau einer öffentlichen Bedürfnisanstalt für Frauen im Humboldt-Hain ist nunmehr endlich begonnen worden. Sie erhält ihren Platz im Zuge der Gustav-Weber-Allee.

Ein Fahrstuhlunfall trug sich gestern mittag um 12 Uhr in der Leichterstr. 42 im Keller der Niederlage der Wilsener Genossenschafts-Brauerei zu. Der Schlossermeister Wilhelm Klitz aus der Leichterstr. 48a war dort mit der Reparatur eines Rohres beschäftigt, durch dessen Plagen der Schacht des Fahrstuhles überschwemmt worden war. Während der Arbeit sauste plötzlich der schwere Fahrstuhl nieder und tödete Klitz sofort. Um die Leiche des im Wasser des Schachtes liegenden Mannes herauszuholen, alarmierte man die Feuerweh, die unter Leitung des Brandmeisters Wilsener den Körper hinausbeförderte. Klitz hinterläßt eine zahlreiche Familie.

Arbeiter-Risiko. Ein entsetzliches Unglück ereignete sich gestern nachmittag gegen 8 Uhr im Maschinenbetriebe der Firma Kiesel u. Co. in der Steinwegstraße 26. Der 23jährige Arbeiter Max Knauer aus der Yorkstraße 61 wurde, als er am Schleifstein den heruntergefallenen Riemen wieder flott machen wollte, von der Welle erfaßt, mehrfach herumgeschleudert und dann mit sichtbarer Wucht gegen die Mauer geworfen. Man brachte den Verunglückten in entsetzlich verstümmeltem Zustand nach der Unfallstation in der Wilhelmstraße. An sein Ankommen ist nicht zu denken. Ihm wurde der Unterarm vollständig abgerissen, auch sind die Schenkel gebrochen und ferner dürften innerliche Verletzungen bei dem furchtbaren Fall aus der Höhe von 2 1/2 Metern unabweislich gewesen sein.

Ein Greis von 68 Jahren, der Schneidermeister Karl Lieber aus Strahburg-R. der seit Sonntag bei seinem Schwiegersohn, dem Schneidermeister Böning in der Simeonstr. 10, zu Besuch weilte, ist seit Montag nachmittag verschwunden. Er wollte um 6 1/2 Uhr den Schuhmachermeister Lieber in der Urbanstr. 7, seinen Bruder, besuchen, ist aber bei diesem nicht eingetroffen und auch nicht in die Heimat zurückgekehrt. Der alte Mann ist zwar vor Jahren in Berlin gewohnt, es fragt sich aber, ob er sich jetzt noch zurecht findet. Wahrscheinlich hat er sich verirrt oder ist verunglückt. Die Nachforschungen hatten bisher noch keinen Erfolg.

Ein junger Mann der Baufirma A. Hirte hat vorgestern mittag an der Effekten-Hauptkasse von Robert Warshawer u. Co. einen Taschensack verloren. Der Sack dürfte zu Boden gefallen und von einem jungen Menschen aufgehoben sein, welcher sich im Vorraum der Kasse aufhielt. Der Finder wird dringend gebeten, sich unverzüglich bei der Firma A. Hirte, Poststraße 27, zu melden, da der Verlorene mit dem Verlust seiner Stellung zu rechnen hat.

Ein mutmaßlicher Mordversuch, der vor sechs Jahren in Marienwerder am Finowkanal berichtet worden ist, giebt der Strafbehörde Anlaß zu erneuten Nachforschungen. Ein zu Marienwerder am 14. Dezember 1880 geborener Arbeitersohn Gustav Stramm wird von seiner Mutter beschuldigt, versucht zu haben, sie und seine Geschwister zu vergiften. Die Angelegenheit wird nunmehr von Berlin aus verfolgt und der Untersuchungsrichter beim Landgericht I erklärt jetzt hinter dem sichtlich gewordenen Beschuldigten einen Steckbrief. Der Verfolgte ist jetzt 18 Jahre alt und 1,65 Meter groß, hat eine Mittelgestalt, dunkelblondes Haar, blaungraue Augen, ein längliches, barloses, blaues Gesicht, eine flache Stirn, fast vollständige Zähne und ein rundes Kinn und trägt ein dunkelbraunes Jackett, eine hellgraue karierte Hose, einen dunkelblauen Schlapphut mit Falte oder eine dunkelgraue Mütze und Gummiugustiefel.

Vermißt wird seit vierzehn Tagen der 16jährige Tischlergeselle Ernst Bietzsch aus der Ritterstraße 102. Der junge Mann arbeitete in der Dresdenstraße 77. Am 1. d. M. ging er wie gewöhnlich morgens um 7 1/2 Uhr von Hause weg, um sich auf die Arbeitsstelle zu begeben. Er ist aber hier nicht angekommen und hat auch nichts mehr von sich hören lassen. Die Eltern können sich sein Verschwinden gar nicht erklären. Die Nachforschungen in allen Krankenhäusern und bei der Krankenkasse, bei der junge Mann angehört, sind erfolglos geblieben. Bietzsch ist ziemlich groß, blond und barlos, hat eine Narbe unter dem linken Auge und trägt einen dunklen Anzug, einen schwarzen Ueberzieher mit schwarz-weiß kariertem Futter, einen schwarzen weichen Filzhut und schwarze hohe Schnürstiefel.

Ungevißheit herrscht immer noch über den Verbleib des 24jährigen Paul Siefke, der sich am 14. September 1896 auf dem Bahnhof zu Driesen zu schaffen machte und seitdem verschwunden ist. Siefke ist geistesgesund und der Sprache nicht mächtig. Es ist ermittelt worden, daß am genannten Tage der Fleischer Gustav Seif und der Prospektentischer Gohle, die beide aus Driesen sind, auf dem Bahnhof an Siefke herantraten und ihn zum Mitfahren einluden. Siefke benutzte, obgleich er nur ein Billet nach Karbe hatte, den Zug bis Charlottenburg und kam an der Bahnstationkontrolle ungehindert vorbei, indem er sich einem Auswanderertrupp anschloß. Mit diesen Leuten erreichte er den Bahnhof Mühlben. Dort fiel der Schwachsinnige dem Rangiermeister Karl Held auf, der ihn dem Gendarmen Köpfe übergab. Siefke wurde am nächsten Tage nach Spandau gebracht, dort aber in Freiheit gesetzt. Unbekannte kauften ihm darauf eine Eisenbahnfahrkarte nach Berlin und gaben ihm einen Zettel in die Hand, der die Auforderung enthielt, ihn zur Polizei zu führen. Seitdem fehlt jede Spur von dem jungen Manne. Seine jetzt in Rummelsburg wohnende Mutter ist der Meinung, daß der Verwundene, der körperlich kräftig und als Landarbeiter auch ganz gesund ist, in einem entlegenen Dorfe festgehalten wird. Allerdings hätte in diesem Falle doch irgend eine Behörde benachrichtigt sein müssen. Die Mutter hofft nun, durch eine Veröffentlichung des Falles näheres über ihren Sohn zu erfahren und bittet Personen, die etwas über ihn wissen, entweder dem nächsten Polizeibureau oder ihr selber Mitteilung zu machen. Sie heißt Frau Anguste Müller und wohnt in Rummelsburg bei Berlin, Rantzstraße 2a. Siefke ist am 20. Juli 1874 geboren und von mütterlicher, kräftiger Statur. Er kann seinen Vornamen Paul deutlich sprechen, stößt aber im übrigen nur unartikulierte Laute aus.

Tot aufgefunden wurde heute Vormittag hinter dem Garnisonkirchhofe am Tempelhofer Feld ein gut gekleideter, ansehend den

Besseren Ständen angehöriger Mann, der sich mittels eines mit Wasser geladenen Ketzers durch einen Schuß in den Mund getötet hatte. In dem Portemonnaie des Selbstmörders befanden sich 75 M., doch waren keinerlei Legitimationspapiere vorhanden, die eine Reconnoscierung der Leiche ermöglichten. Diese wurde nach dem Schutzhause gebracht.

Der Spreeweg vom Schloß Vellebue bis zum großen Stern wird behufs Ausführung von Kanalarbeiten vom 18. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Der Turntag des Arbeiter-Turnerbundes wird Pfingsten in Nürnberg abgehalten. Auf der Tagesordnung stehen folgende Gegenstände: 1. Bericht des Bundesvorstandes; a) Verwaltung; b) Kasse; c) Unfallkasse. 2. Arbeiter-Turn-Feitung; a) Redaktion und Geschäftliches; b) Technischer Teil; c) Verwaltung und Stand der Feitung. 3. Statutenänderungen. 4. Agitation und Organisation. 5. Neuwahlen. 6. Etwaige Anträge und Verschiedenes.

Mit Castans Panoptikum ist eine Aenderung vor sich gegangen. In das Handelsregister des Amtsgerichts I Verflu ist unterm 7. April eingetragen Castans Panoptikum, Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Gegenstand des Unternehmens ist der Fortbetrieb des bisher unter der Firma Castans Panoptikum zu Berlin betriebenen Establishments, insbesondere die Ausstellung von lebensgroßen Wachfiguren und Tableaus und die Veranstaltung von Schaustellungen in der Art des bisherigen Ausstellungsunternehmens Castans Panoptikum zu Verflu sowie die gewerbmäßige Einrichtung und Ausattung derartiger Unternehmen, sowie ferner der dazu gehörige Betrieb von Restaurationsgeschäften. Das Stammkapital beträgt 115 000 M. Die Gesellschafter sind der Bildhauer Louis Castan in Potsdam, der Brauereidirektor Max Hinde in Schöneberg und der Bildhauer Ernst Starbina in Schöneberg. Der Wert der Castanschen Einlage ist auf 50 000 M., der Wert der Einlage jedes der beiden anderen Gesellschafter auf 25 000 M. festgesetzt worden. Geschäftsführer sind der Bildhauer Louis Castan und der Bildhauer Ernst Starbina.

Die Humboldt-Akademie veranstaltet in diesem Vierteljahr wiederum einen fachwissenschaftlichen Vortragskursus im Alten Museum. Der Dozent Dr. S. Baum wird in zehn Stunden über deutsche, niederländische und holländische Malerei von den Anfängen bis zum Ende des 17. Jahrhunderts sprechen. Die Generalverwaltung der Königl. Museen hat für zwei Parallelsesseln die Stunden 4-5 Sonnabends und 3-4 Montags gestattet. Die Vorträge, zu denen Eintrittskarten in den Bureaus der Akademie, sowie in der Buchhandlung von Herrn Sloppit in der Dorotheenstrasse zu bekommen sind, beginnen am Sonnabend, 15. April, und Montag, 17. April.

Theater. Im Schiller-Theater beginnt der Schalepeare-Alltag mit „Romeo und Julia“ Sonntag, den 16. April, nachmittags 3 Uhr. Die Abonnementpreise für diesen, sechs Vorstellungen umfassenden Gastus sind ganz gering, so daß es allen Kreisen möglich ist, sich an diesem Gastus zu beteiligen. Nähere Bedingungen über die Ausgabe usw. sind an den Ankaufsstellen erhältlich. Die Ausgabe der Abonnement wird Sonnabend geschlossen. — Direktor Paul Hirschberger, der vom September d. J. ab das Thalia-Theater übernehmen wird, ist mit der Zulassung seiner Person als Personal fest. Herr Hirschberger will die Berliner Gesangsvereine pflegen. Als Hauptstütze des familiären Elements eröffnet Ernst Schomak die Reihe der männlichen Darsteller; ihm folgen Guido Thiescher und Hans Junfermann.

Feuerbericht. Dienstagmorgens hatte die Wache Louisenstraße 40 einen bösen Kellerbrand zu löschen. In einem Lagerkeller hatte Druckerlehrling Feuer gefangen, das einen erschreckenden Qualm entwickelte. Nur unter Benutzung von Rauchschutzhelmen und Rauchschleimern war es den Sappeuren möglich, zum Brandherde vorzudringen und die Gefahr zu beseitigen. Vorher war ein Mann nach Rantaustraße 98 erfolgt, wo Bau- und Brennholz in Flammen stand. Da dem Feuer schnell Einhalt getan werden konnte, so ist der verursachte Schaden nicht sehr beträchtlich.

Aus den Nachbarorten.

Rixdorf. Die Stelle eines zweiten Bürgermeisters von Rixdorf ist öffentlich ausgeschrieben worden. Das Gehalt für den zweiten Bürgermeister hat die Stadt mit 7000 M. (einschließlich Wohnungsgeld), steigend von 3 zu 8 Jahren um je 400 M. bis 8200 M., festgesetzt. Die ebenfalls ausgeschriebene Stelle eines Stadtrates ist mit einem Gehalte von 5800 M. steigend bis 7000 M. dotiert. — Die Schulden der Stadt Rixdorf bessern sich jetzt pro Kopf der Einwohner auf 135 M.

Schtern (Rittwisch) wurde hier das neue Schulhaus Vestingstraße 38/39 feierlich eingeweiht. Es ist dies das erste Schulgebäude Rixdorfs, welches mit einer Badeeinrichtung (Drausebad) für die Schüler versehen worden ist.

Wigleben verkauft. Der Herr Herr Bringsheim und Sobornheim gehörige Park von Wigleben am Liegensee ist für drei Millionen Mark an die Darmstädter Bank verkauft worden. Man geht wohl nicht irre in der Annahme, so meint die „Tagl. Rundschau“, daß die Tage dieser Charlottenburger Idylle nun gezählt sind. Nicht doch die mächtig aufstrebende Großstadt Charlottenburg mit ihren nahezu 200 000 Einwohnern dem See immer näher auf den Leib (das neue Amtsgericht ist nur einige 100 Fuß davon entfernt). Aber ein mächtiges Werk wird es sein, den Liegensee in den Dienst des modernen Lebens zu stellen. Verumpft und voll Röhern, wie er jetzt ist, wird er hartnäckigen Widerstand entgegenzusetzen. Vielleicht hängt der Verkauf mit einem Plane zusammen, den Herr Ludwig Herzer aus Charlottenburg in einer kleinen Broschüre, betitelt: „Die Entwicklung Groß-Berlins im Westen“, jochen besprochen hat. Es handelt sich dabei um eine Verbreiterung der Bismarckstraße und deren Verlängerung über Wigleben und die Westender Höhe bis zu der Chaussee, die in grader Linie weiter führt nach den Wäldern an der Havel. Die Westender Höhe samt Wigleben soll dabei zu einem „Weltausstellungsplatz“ gestaltet werden. Nun, mit einer Berliner Weltausstellung hat es noch gute Wege. Im übrigen aber ist der Plan in mancher Hinsicht recht interessant.

Die allwählige Festigung der Moorflächen im Grunewald läßt sich gegenwärtig recht deutlich am Grunewald-See erkennen. Die Ostspitze des Sees reichte noch anfangs der siebziger Jahre bis an die Chaussee etwa gegenüber dem heutigen Restaurant Hundeleib. Damal bildete sich dort der große Sumpf, der erst Ende der sechziger Jahre jenseitig an der Oberfläche gewonnen hatte, daß darauf Anpflanzungen gemacht werden konnten. Die vor zehn Jahren zwischen dem Sumpf und dem See hindurchgeführte Wäldchenbrücke verlor dort wiederholt in dem Wornis, ebenso wie die zahllosen dort eingelegten Holzstämme. Jetzt scheinen die angelegten Weidenanpflanzungen einen gewissen Halt geschaffen zu haben für die Brücke, denn diese hält sich, wenn auch nicht in ganz tabellarischer architektonischer Linie, so doch für ihren Zweck ausreichend, über Wasser. Auch an der Westspitze des Grunewald-Sees hat sich der ehemals sehr nachgiebige Boden bedeutend festigt. Ein Teil des ehemals unberechenbaren Sumpfbodens wird schon seit Jahren als Weide genutzt, auch die Riederungen in der Richtung nach dem Miemeister-See sind heute nicht so schlüpfrig, wie vor Jahren. Eine fernere bemerkenswerte Erscheinung bietet der Kempels-See, dessen Wasserpiegel sich seit einigen Jahren unmerklich wieder gehoben hat. Da diese Erscheinung zusammenfällt mit der geringeren Wasserentnahme aus den in der Nähe des Sees angelegten Tiefbrunnen, so erscheint doch die von den Charlottenburger Wasserwerken früher stets bestrittene Beeinflussung des Sees durch die Tiefbrunnen sehr wahrscheinlich.

In Friedenan wird seit Montag früh der in der Rheinstraße wohnhafte Schlächtermeister Behring, ein noch junger Meister, der erst vor wenigen Wochen das dortige Geschäft übernommen hatte, brennigt. Behring begab sich, wie die „Allgem. Fleischer-Feitung“ meldet, zur angegebenen Zeit nach der Fleisch-Engroshalle, wo er bei seinem Lieferanten, Engros-Schlächtermeister Heller, danach bei Gebrüder Gause Rechnungen begabte hat. Er beschaffte von da aus nach Regel zu gehen — wo er ein kleines Grundstück besitzt — um Gypsfelsen zu beschaffen, was er aber, wie festgesetzt, nicht geschehen ist. Endlich gestern wurde Frau Behring vom Regeler Gemeindevorstand benachrichtigt, daß man am Regeler See

Kleidungsstücke gefunden, die Frau Behring als Eigentum ihres Mannes rekonstruierte. Die sofort vorgenommene Durchsuchung des Sees nach der Leiche Behrings, der übrigens in geordneten Verhältnissen lebte, ist bis jetzt erfolglos geblieben.

Das Projekt einer elektrischen Straßenbahnverbindung zwischen Potsdam und Wannsee, bezüglich dessen die Verhandlungen mit der Stadt Potsdam noch schweben, laun, wie der Gemeindevorsteher Obst in der Sitzung der Gemeindevertretung von Neuenhagen mitteilte, endlich in Angriff genommen werden, sobald über das Kabel, welches die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft zur Versorgung von Potsdam und Umgebung mit Licht und Kraft zu legen beabsichtigt, eine Entscheidung getroffen sein wird. Eine elektrische Straßenbahnverbindung zwischen Potsdam und Wannsee unter Verührung von Rowanow, Neuenhagen, Neubabelsberg und Hohenhofenbrück ist für die beteiligten Ortsgemeinden sicher von hohem Interesse. Die Gemeindevertretung ermächtigt daher den Gemeindevorsteher, alle geeigneten erziehenden Schritte zur Förderung dieses Projekts zu thun, welches die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft nötigenfalls auf ihre Kosten zur Ausführung zu bringen beabsichtigt.

Die Prügelstrafe im katholischen St. Josephs-Waisenhaus zu Potsdam, die am Donnerstag, den 2. März, vom Potsdamer Schöffengericht verhandelt worden ist, und worüber wir in unserer Nr. 53 ausführlich berichteten, gelangt heute vor denselben Gericht zur abermaligen gerichtlichen Beleuchtung. Der Ankläger hatte 20 Mark Geldstrafe gegen den Prügelmeister Bastian und 30 Mark gegen die die Prügelstrafe veranlassende Schwester Karola in Antrag gebracht; der Gerichtshof hielt damals nicht für festgesetzt, daß der ärztliche festgestellte Befund an dem verprügelten Knaben Karl Steiner eine ausschließliche Folge der Prügelstrafe sei. Heute werden sich nun zwei Kräfte über diese Prügelstrafe gutachtlich zu äußern haben und wird der Gerichtshof sein Urteil fällen über diese verwerfliche Erziehungsmethode, die leider allzu häufig und besonders in letzter Zeit die Gerichte beschäftigte nuzte.

Zu dieser Angelegenheit wird uns geschrieben: Am Sonntag, den 5. März cr., hatten wir Gelegenheit, den so überaus festig geachteten Knaben Karl Steiner zu sehen und zu sprechen. Natürlich war auch unser Verlangen, die Merkmale der „einigen zwanzig Hiebe“, die jene Schwester Karola vor Gericht angeführt hatte, mit eigenen Augen zu sehen (die auf Befehl zuschauenden Waisenhausjünglinge wollen indes 59 Hiebe gezählt haben). Am Sonntag (d. den 13. November, hatte die Prügelstrafe stattgefunden und jetzt, nach sechzehn Wochen, waren an den Knaben des Knaben die rot und grün-blau verfärbten, etwa handlangen und zwei fingerbreiten Male noch äußerst deutlich sichtbar. Jedenfalls ein augenfälliges Zeichen der nachhaltigen Wirkung der von christlichen Anstaltschwestern veranlassenen Prügelstrafe.

Erbarungswürdiges menschliches Elend trat bei einem Vorgang zu Tage, der sich am Dienstag in Spandau zugetragen hat. Die Fabrikarbeiterin Mathilde S. in Berlin hatte im vorigen Jahre ein Verhältnis mit einem Soldaten des Königin-Augusta-Regiments. Als der Mann im vorigen Herbst vom Militär entlassen wurde, kümmerte er sich nicht mehr um seine Geliebte, die vor drei Wochen einen Kinde des Lebens gab. Die Mutter, selbst krank und schwach, litt die bitterste Not und sah sich außer Stande, nun noch das Kind zu ernähren; da sie Miete schuldig war, so sollte sie auch ihre Schlafstelle räumen. In ihrer Verzweiflung kam sie nun am Dienstag nach Spandau, wo die Eltern ihres ehemaligen Liebhabers, Arbeitleute, in der Wäldchenbrücke wohnen. Dorthin trug sie das Kind, legte es auf den Haufen vor der Thür der Eltern nieder und fragte ein Schreiben bei, worin sie unter Darlegung ihrer Not flehend bat, sich des Kindes ihres Sohnes annehmen zu wollen. Dann ging sie wieder zum Bahnhof. Das kleine Geschöpf wurde auf dem Haufen sowohl von der Mutter des treulosen Liebhabers als auch von anderen Personen bald bemerkt; man ließ es jedoch hilflos liegen, bis die von dem Vorfall benachrichtigte Polizei es an sich nahm. Auf dem Bahnhof wurde auch noch die Mutter des Kindes angetroffen und zur Polizeiwache geführt. Nach Feststellung ihrer Personalien wurde sie mit dem Kinde wieder entlassen. Vorher hatten die Polizeibeamten aber noch eine Besprechung unter sich für die Kernte veranstaltet.

Als „das Angezeiher des Deutschen Reiches“ beliebte der Rittmeister v. Oppen, Amtsvorsteher in Adlershof, in einer Festsrede bei der fünfundsingzigsten Wiederkehr des Sedantages die Sozialdemokratie zu bezeichnen. Als Antwort auf diese Beschimpfung wurde beim 25-jährigen Jubiläum des Rittmeisters v. Oppen vor dem Amtshause eine rote Fahne angebracht, die die Widmung trug: „Dem größten Agitator der Sozialdemokratie, Hans v. Oppen, das Angezeiher von Adlershof“. Diese Fahne hat nunmehr der „Voss. Zig.“ zufolge Rittmeister v. Oppen vor einem Fenster seiner Wohnung so anbringen lassen, daß sie des Abends bei elektrischer Beleuchtung für die Vorübergehenden deutlich sichtbar wird.

Ein Kohlenbergwerk wird in nächster Zeit in der Nähe von Ludau angelegt werden. Nachdem man bei den schon seit langer Zeit unternommenen Bohrungen nach Kohle auf den Fluren von Waltersdorf, Gohmar und Riedebel auf Kohlenmächtigen von 8 bis 10 Meter Mächtigkeit gestochen ist, hat die Firma Schwabach u. Co. den Anlauf von zunächst 200 Morgen Ackerland auf der Gohmar-Riedebel-Feldmark veranlaßt, um das neue Kohlenbergwerk, welches nur eine halbe Stunde von Ludau entfernt sein wird, in Gang zu bringen.

Marktpreise von Berlin am 11. April 1899

nach Ermittlungen des lgl. Polizeipräsidenten.		Schweinefleisch 1 kg		1,00 1,20	
*) Weizen D. Gr.	15,75 14,80	*) Rindfleisch 1 kg	1,00 1,20	*) Butter 1 kg	2,00 2,20
*) Roggen	14,25 13,50	*) Kalbfleisch	1,00 1,20	*) Käse 1 kg	1,00 1,20
*) Futter-Gerste	13,15 12,40	*) Hammelfleisch	1,00 1,20	*) Eier 60 Stk	4,00 4,40
*) Hafer gut	15,40 14,00	*) Butter	2,00 2,20	*) Rindfleisch 1 kg	2,20 2,40
*) mittel	14,80 14,20	*) Eier, 60 Stk	4,00 4,40	*) Kalb 1 kg	2,00 2,20
*) gering	14,10 13,50	*) Rindfleisch 1 kg	2,20 2,40	*) Schweinefleisch 1 kg	1,00 1,20
*) Weizen	4,00 3,50	*) Kalb 1 kg	2,00 2,20	*) Eier 60 Stk	4,00 4,40
*) Gerste	6,70 4,30	*) Butter	2,00 2,20	*) Rindfleisch 1 kg	2,20 2,40
*) Erbsen	40,00 25,00	*) Eier	2,00 2,20	*) Schweinefleisch 1 kg	1,00 1,20
*) Preiselbeeren	50,00 25,00	*) Butter	1,00 0,80	*) Eier 60 Stk	2,80 3,20
*) Kirschen	70,00 50,00	*) Eier	2,80 3,20	*) Rindfleisch 1 kg	1,40 0,80
*) Kartoffeln, neue	6,00 4,00	*) Eier	1,40 0,80	*) Rindfleisch 1 kg	12,00 8,00
*) Rindfleisch, Rente 1 kg	1,00 1,20	*) Eier per Schod	12,00 8,00		
*) do. Bauch	1,20 1,00				

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtsch. Kammer — Nahrungsmittel — und umgerechnet vom Polizeipräsidenten für den Doppel-Centner.

*) Kleinhandelspreise.
Produktenmarkt am 12. April. Bei beschränktem Umsatz waren Weizen und Roggen anfangs 0,30, zuletzt 1 M. billiger als gestern zu haben. Daher lag ziemlich fest, aber ruhig; Mehl kaum verändert. Am Spiritusmarkt waren gleichfalls Realisierungen vorhersehend. Voco 70er wurde mit 39,10 (— 0,20) gehandelt. Die Terminpreise gaben 0,30 M. nach. Städtischer Schlachtkreismarkt. Zum Verkauf kamen gestern: 446 Rinder, 2355 Kühe, 593 Schafe, 11 404 Schweine. Die Rinder wurden bis auf 10 Stück nicht passende Ware glatt ausverkauft. Der Rinderhandel gestaltete sich ruhig. Etwa zwei Drittel des Schafantriebs fanden Absatz. Der Schweinehandel verlief ruhig und wird ziemlich geräumt.

Veranstaltungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten) hielt am Dienstag bei Deumer, Gr. Frankfurterstrasse, eine sehr stark besuchte Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Mitglieder Bergmann und Grodenorf in der üblichen Weise. Nach dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden Schneider haben in dem letzten halben Jahre 7 Vorstandssitzungen zur Erledigung der Vereinsgeschäfte stattgefunden und wurden 5 Versammlungen mit Referaten abgehalten. Auch in dieser Geschäftsperiode erhielten die

Vereinsmitglieder mehrere Broschüren auf Kosten des Vereins. Außer dem Stiftungsfest wurde ein allgemeiner Besuch der „Urania“ von dem Verein veranstaltet. Der Vorsitzende verweist Johann darauf, daß eine größere Agitation, besonders unter den 5000 „Vorwärts“-Abonnenten, die im Osten vorhanden sind, entfaltet werden müsse, um dem Wahlverein noch eine größere Anzahl Mitglieder zuzuführen. Dem Anführer, den der Kassierer Frank ersetzte, war zu entnehmen, daß die Einnahmen inkl. des alten Bestandes von 270 Mark im verflohenen Halbjahr insgesamt 2444,65 Mark betragen. Die Ausgaben betragen insgesamt 2192,43 Mark, so daß ein Bestand von 252,22 Mark verbleibt. Dem Wahlverein gehören zur Zeit 1943 Mitglieder an. Die hierauf vorgenommene Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Schneider, erster Vorsitzender; Quiring, zweiter Vorsitzender; Frank, erster Kassierer; Enders, zweiter Kassierer; Tempel, erster und Glöckler, zweiter Schriftführer; Schöple, Revisor; Glune, Groth und Gatz, Revisoren.

Hierauf hielt Genosse H. Glöckler einen Vortrag über Verneinung der Streitfrage. Der Redner erläuterte zunächst die grundlegenden Anschauungen des Sozialismus, wie sie in den Schriften von Marx und Engels zusammengefaßt und begründet sind und wie sie in der Partei, die ihre Agitation und überhaupt ihre ganze Tätigkeit nach diesen Grundrissen entfaltet, bisher mehr oder weniger waren. Er verwies auf die Entwicklung der Industrie, auf die Veränderung der Produktionsform, auf die Ueberfüllung der Märkte, den Mangel an genügenden Absatzgebieten und die periodischen Krisen, welche die kapitalistische Produktionsweise zur Folge hat, auf die Konzentration des Kapitals und der Betriebe und die Zunahme des Proletariats infolge der ökonomischen Entwicklung. Die Bourgeoisie erweise sich infolge dieser Entwicklung als überflüssig. Das Proletariat erfülle seine geschichtliche Mission und ergreife die Staatsgewalt. Glöckler erörterte Johann in kritischer Weise die Anschauungen Verneinung, der glaubt, daß die Proletarisierung der Massen und die Zentralisation des Kapitals nicht in dem gedachten Maße fortgeschritten. Verneinung meint, daß die Sozialisierung der Gesellschaftsordnung keine ökonomische Notwendigkeit sei, wie sie Marx als Folge der ökonomischen Entwicklung begründete, sondern durch das Rechtbedürfnis, das Streben der Menschen nach gerechteren Zuständen herbeigeführt werden muß. Die Ueberfüllung der heutigen Gesellschaft in die sozialistische Form ohne Ueberfüllung auf dem Wege der Reformen vor sich gehen. Dieser Gedankengang Verneinung werfe unsere Grundanschauungen über den Staat. Der Gang der ökonomischen Entwicklung spreche für die Lehren Marx', an welche wir mit der ganzen Kraft unserer Ueberzeugung festzuhalten haben. Nachdem der Redner darauf hingewiesen, daß einzelne von Verneinung gemachte Vorwürfe nichts Neues bieten und gegen dieselben, z. B. in Bezug auf das Genossenschaftswesen und die Aufgaben der Gewerkschaften nichts Wesentliches einzuwenden ist und daß der Vorschlag Verneinung für soziale Reformen einzutreten, um die Lage der Arbeiterklasse zu heben, längst von der Partei als notwendigste Anerkennung und Fortschritt in diesem Sinne gewirkt worden ist, wendet er sich gegen den Vorschlag Verneinung für ein Zusammengehen mit dem Liberalismus. Aufgabe der Sozialdemokratie muß es sein, durch unablässige Agitation die Massen politisch und gewerkschaftlich zu organisieren, aufzuklären und zu schulen, aber keineswegs um die geringe Anzahl der bürgerlichen Elemente zu buhlen, damit sie mit und in einigen Fragen zusammengeht. Wir dürfen uns nicht dazu hergeben, mit den bürgerlichen Parteien, die noch dazu in jeder Weise unzuverlässig sind, Kompromisse zu schließen, sondern müssen, wie bisher, als die Partei der Arbeiterklasse auf dem Boden des Klassenkampfes verharren. Thatsächlich geht die Proletarisierung der Massen beständig und verhältnismäßig sehr erheblich vor sich. Die Unzufriedenheit mit der heutigen Gesellschaftsordnung ist auch in den Mittelschichten und im Kleinbürgertum fortwährend im Steigen begriffen und ein ganz anderer Geist wie früher vorhanden. Diese Schichten sind vielfach von fortgeschrittenen Elementen durchsetzt. Auch die anscheinende Zunahme des kleinen Grundbesitzes ist in Wirklichkeit durchaus nicht erheblich und im übrigen sind auch bei der ländlichen Bevölkerung unsere Ideen weit verbreitet und unsere Aufgabe wird es und muß es sein, sie mit der Zeit völlig für den Sozialismus zu gewinnen. Soziale Reformen erstreben wir, wie wir es bisher gethan haben, müssen aber nach wie vor eine revolutionäre Partei bleiben, unsere Grundanschauungen beibehalten und dürfen uns in keiner Weise von dem Boden des Klassenkampfes abbringen lassen. Eine Wenderung der bisherigen Politik, die durch unsere grundsätzlichen Auffassungen bedingt ist und durch die die Partei ihre großartigen Erfolge errungen hat, kann nicht eintreten, die alte Politik muß weiter befolgt werden zum Vorteil der Arbeiterklasse und des gesamten Proletariats. Nach dem beifällig aufgenommenen Vortrag wendet sich Raab in scharfen Ausführungen gegen die Verneinung. Er glaubt der Meinung Andrad, daß die Broschüre von Verneinung nur erscheinen konnte und sogar in der Partei-Verhandlung verlegt wurde, weil die Partei in der That einen opportunistischen und einen radikalen Flügel anknüpfte. Er erinnert sodann daran, daß in den 60er Jahren, wo die Klassenkampfes noch lange nicht so scharf ausgeprägt wie gegenwärtig waren, bereits Anfälle die Arbeiterklasse zum Kampfe gegen die damalige Fortschrittspartei, die im Verhältnis zu dem heutigen Liberalismus weit radikaler und freierlicher gestimmt war, aufgefordert hatte und sie von jedem Parteimitglied bürgerlichen Parteien abriet. Während der Liberalismus infolge seines Verhaltens zu Grunde gegangen ist und zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt wurde, ist die Sozialdemokratie groß und mächtig geworden, und zwar weil sie auf dem Boden des Klassenkampfes steht und ihren revolutionären Charakter nicht aufgegeben oder verweigert hat. Der Redner bezeichnet in seinen weiteren Ausführungen Verneinung als einen Abtrünnigen, der die Sozialdemokratie von ihrer richtigen Bahn abbringen will, und wie verschiedene andere in sich einen Marx oder Engels läßt und sich berufen glaubt, die Sozialdemokratie in andere Bahnen zu lenken. Redner bemängelte das Verhalten des Genossen Felme in der letzten Raumannschen Versammlung. Felme hat nach seiner Meinung eine Verteilungsgesetze für Verneinung gehalten. Der Redner kommt zu dem Schluß, daß, nachdem die Broschüre erschienen ist, die nur Verwirrung unter den Massen erzeugen kann, mit aller Entschiedenheit und Nachdruck seitens der Parteigenossen gegen die Verneinung die Broschüre Stellung genommen werden muß. (Lebhafter Beifall.) Nachdem sich noch ein Redner über die Konjunkturschwankungen geäußert hatte, gelangte ein Antrag des Genossen Adolf Hoffmann zur Annahme, die Diskussion über die Verneinung Streitschrift zu vertagen und dieses Thema auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen, um eine Entscheidung herbeizuführen.

Unter „Verständenes“ wurde von Kaiser ein Antrag eingebracht, nach welchem, um dem Wahlverein mehr Mitglieder zuzuführen, eine planmäßige Werksatt-Agitation entfaltet und dazu Listen bezw. Aufnahmeheftchen hergestellt werden sollen. Der Antrag wurde dem Vorstand zu weiteren Erwägung überwiesen. Mit großem Jubel wurde von den Versammelten das Wahlergebnis im zweiten Kreise entgegengenommen. Nachdem noch zur Beteiligung an den Sammlungen für die Areselber Heber aufgefordert worden war, erfolgte der Schluß der Versammlung.

Der Centralverband der Töpfer Deutschlands (Zentrale Berlin) hielt am 28. März bei Busse, Grenadierstr. 33, eine Generalversammlung ab. Derselbe beschäftigte sich mit den Aufgaben des XI. Töpferkongresses in Berlin. Nachdem Jahn und Jagen über Rechnung und den abgeschlossenen Kompromiß der Zentrale Berlin mit der Centralverwaltung gesprochen, gelangte der Antrag Kronfelds, daß die Delegierten dafür einzutreten haben, daß für Berlin der fogen Kompromiß statutarisch festgelegt werde, zur Annahme. Außerdem entspann sich eine lebhafteste Debatte über den Central-Arbeitsnachweis, Arbeitslosen-Unterstützung, Presse, über das Verhalten der Ziegler zu den Töpfern im Verbande und das Marxensystem. Die Anträge Gieslers, betreffend den Central-Arbeitsnachweis und die Restanten, wurden

zur nächsten Versammlung verlegt. Hagen und David wurden als Delegierte und Hiesler als Ersatzmann zum ersten Kongress gewählt.

Der Verband aller im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter hielt am 10. April eine außerordentliche Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte die Versammlung in der üblichen Weise des verstorbenen Mitgliedes O. Seeger und ehrte dessen Andenken durch Erheben von den Plätzen. Abdann gab Straube als Delegierter des Kongresses, den Bericht. Des näheren geht Redner auf die Verhandlungen der Statutenberatung, sowie auf die Wahl des Vorstandes zum Zentralverbande ein. Hieran schloß die Einigung. Redner weist sodann auf die Schwierigkeiten hin, die dem Vereine bedrohlich, denn infolge der Anschaffungen Legions kam auf keinerlei Unterstützung von der General-Kommission gerechnet werden. In der ziemlich heftigen Debatte sprachen verschiedene Redner für und gegen die Zentralorganisation. Man empfahl eine Resolution, die nochmals eine Verständigung einleiten sollte. Demgegenüber stand eine Resolution Dopatka, welche besagte, sich nicht dem Zentralverbande anzuschließen. Es wurde hierauf zur Abstimmung geschritten, und erhielt die Resolution Dopatka 187 Stimmen, und die des Mitgliedes Rein 48 Stimmen. Infolgedessen wurde die Resolution Dopatka für angenommen erklärt. Der Verband bleibt also als Lokalverband weiter bestehen.

Verband deutscher Gardier, Friseur- und Perrückenmacher-Gehilfen. Heute abend 10^{1/2} Uhr, bei Schiller, Rosenthalerstr. 57: General-Versammlung. Gäste willkommen.

Vermischtes.

Schneefall. In Leipzig herrscht seit gestern früh starker Schneefall. — Auch aus Erfurt wird dichter Schneefall gemeldet. Vom Schwarzwald werden Schneemassen gemeldet, wie sie den ganzen Winter nicht zu sehen waren. — Auch in Kiel ist Schneefall eingetreten. — In Trient erfolgte in der Nacht zum Mittwoch ein Wettersturz mit Gewitter und starkem Schneefall. Die Umgebung Trients bietet heute ein vollständig winterliches Bild dar.

Schiffuntergang. Nach einer Depesche aus Malta berichtete der dort angelaufene englische Dampfer „Kingswell“, er sei am 9. d. M. mit dem in Simi behelmten griechischen Dampfer „Maria“ zusammengestoßen. Die „Maria“ sank; von den auf Bord befindlichen neunundvierzig Personen wurden nur vier gerettet. „Kingswell“ blieb unbeschädigt.

Der Ochsenknecht als Feuerwärter. In der Magdeburger Volkstimme lesen wir: Aus der Landes-Heil- und Pflege-Anstalt für Geisteskranke zu Verburg liegt ein mit der Anstalt und einem Angestellten abgeschlossener Vertrag vor, dessen § 1 wie folgt lautet:

Der frühere Schweinemeister verpflichtet sich hierdurch am 1. in den Dienst der Landes-Heil- und Pflege-Anstalt für Geisteskranke als Ochsenknecht und Wärter einzutreten.

Der Vertrag enthält auch sonst ganz interessante Einzelheiten, doch glauben wir, daß § 1 vollkommen genügt zur Beurteilung der Arbeitsverteilung in einer Anstalt für — Geisteskranke. —

Feiters von der sächsischen Landesversammlung. Vorf. Raden: „Diejenigen, die minderwertig sind, erzeuge ich, das Lokal zu verlassen.“ — Goldstein: „Manchmal weiß es nur einer und der hat es manchmal auch noch vergessen.“ — Die weg: „Wir leben in der Zeit des Augenblicks.“ — Vorf. Raden: „Die Debatte über die Generaldiskussion ist geschlossen.“ — Lorenz-Planig: „Die Parteigenossen haben sich erteilert.“ — Vorsitzender Raden: „Jeder hat das Wort.“ — Stolle-Gesau: „Ich will nicht sagen: die Gründung trägt den Keim des Todesstoßes in sich.“

Ein böses Kunden an den Kränkling wurde in Sebastopol aufgefunden. Eine alte englische Bombe, welche bei Baggararbeiten in der Nacht zu Tage gefördert wurde, explodierte an Bord des Baggar Schiffes; ein Mann wurde getötet und mehrere verwundet.

Sturm in Süd-England. Wie aus London gemeldet wird, rast seit der Nacht auf Sonntag wieder einer der furchtbarsten Nordoststürme über Süd-England hin, und leider ist der angerichtete Schaden abermals sehr groß. Devonshire und Cornwall hatten besonders zu leiden und in London sind viele Unfälle zu verzeichnen. An den „zugigen Eden“ der Stadt, bei Charing-Cross-Station und Westminster-Abtei wurden mehrere Personen vom Winde zu Boden geworfen und schwer verletzt; viele Passanten erlitten durch fallende Ziegel und stürzende Schornsteine Verwundungen erster Art. Der Staudampfer „Tamise“ von Diepe nach Newhaven hatte mit 180 Passagieren an Bord eine böse Ueberfahrt. Das Deck wurde von den darüber brechenden Wellen reingefegt und als halbes Brack langte der Dampfer in Newhaven an. Dort stürzten sich die Wogen mit solcher Kraft an den Strand, daß einige der „Brecher“ bis zu

den Laternen des Leuchtturms hinaufflogen. Bei Afracombe mußte die Mannschaft eines kleinen Schiffes durch den Raketenapparat gerettet werden; bei Benjance ist ein unbekannter Viermaster gesunken und vor Newlyn scheiterten nicht weniger als 13 Fischerboote.

Durch den Austritt des Flusses Jellowstone sind in Nordamerika verheerende Ueberschwemmungen eingetreten; in Montana stehen große Landstriche unter Wasser. Die Eisenbahnen sind überflutet; Hunderte von Rindern sind umgekommen und in allgemeinen ist viel Sachschaden angerichtet worden. Bis auf Personen sind in der Hochflut ertrunken und drei werden vermisst.

Aus Mexiko werden 26 Pesterkranzungen gemeldet.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 7^{1/2} bis 8^{1/2} Uhr abgehalten.

R. C. In Danzig besteht kein Parteiblatt. Das nächste ist die „Volkstimme“ in Königsberg, Knochenstraße 32. Dort erfahren Sie auch vielleicht die Adresse eines Anwalts in Danzig.

000. Arbeiter-Bildungsschule. Schullokal Amnenstraße 16 L. Mit dem Unterricht über Erlernung der Buchführung beschäftigen die Arbeiter-Bildungsschule sich nicht.

Kartreife. Zu allgemein.

Witterungsübersicht vom 12. April 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C
Swinemünde	750	W	2	3 bis 5 bed.	4	Daprun	758	W	2	4	3
Hamburg	750	W	3	4 bed.	3	Petersburg	753	W	3	2	4
Berlin	752	W	3	1 heiter	3	Leipzig	757	W	3	3	4
Wiesbaden	756	W	3	2 wolfig	5	Aberdeen	754	W	3	2 wolfig	5
München	757	W	3	3 heiter	5	Paris	760	W	3	1 Dunst	5
Wien	753	W	3	5 Regen	5						

Weiter Prognose für Donnerstag, den 13. April 1899.
Günstiger bei mäßigen südwestlichen Winden und zunehmender Bewölkung; nachher Regen.
Berliner Wetterbureau.

Warenhaus A. Wertheim.

Berlin, Leipzigerstr. 132/33. **Verwand-Abteilung** Rosenthalerstr. 27/29, 54/55. Oranienstr. 53/54. Proben und Preislisten portofrei.

Herrn-Garderobe.

- Jackett-Anzug**, gemusterter Buckskinstoff, moderne Farben **22,50 Mk.**
- Jackett-Anzug**, einfarbiger Kammgarn, grau und mode **33,- Mk.**
- Sommer-Paletot**, mode Diagonalstoff **15,- Mk.**
- Sommer-Paletot**, Covert coat, neueste Muster **25,50 Mk.**
- Havelock**, grau und grün melierter Lodenstoff **12,50 Mk.**
- Joppe** aus Lodenstoff, grau und braun **3,- Mk.**
- Loden-Joppe**, grün meliert, hinten mit Zug **6,- Mk.**
- Beinkleid**, mode gestreift **5,50 Mk.**
- Beinkleid**, gestreifter Buckskin, neue Muster **7,75 Mk.**
- Piqué-Weste**, gemustert, in modernen Farben **2,40 Mk.**
- Jackett-Anzug** nach Mass, farbige, moderne Cheviotstoffe **42,- Mk.**
- Rock-Anzug** nach Mass, schwarz Kammgarn und Cheviot **52,- Mk.**
- Sommer-Paletot** nach Mass, Covert coat, neueste Farben **39,- Mk.**
- Beinkleid** nach Mass, gestreifter Buckskin **18,50 Mk.**
- Radfahrer-Anzug**, Sattel-Joppe und Beinkleid, grün meliert **10,- Mk.**
- Radfahrer-Anzug**, Falten-Joppe und Beinkleid, grau und braun Lodenstoff **16,50 Mk.**

- Oberhemden** mit Leinen-Einsatz **3,25, 4,50 Mk.**
- Oberhemden**, farbig mit Manschetten **3,- Mk.**
- Stehkragen**, 4fach Leinen, moderne Formen **30, 45, 55 Pf.**
- Manschetten**, 4fach Leinen **50, 70 Pf.**

Handschuhe.

- Glacé**, farbig **1,60 Mk.**
- Derby**, gesteppt, mit 2 Druckknöpfen, farbig **1,90, 2,75 Mk.**
- Nappa**, 3 Knopf, farbig **3,90 Mk.**
- Ziegenleder** mit 2 Druckknöpfen **3,50 Mk.**
- Zwirn**, farbig **35 Pf.**
- Flor** mit 1 Druckknopf **95 Pf.**
- Halbseide** mit 1 Druckknopf **85 Pf.**

- Schleifen** in farbigen Seidenstoffen **45, 70, 90 Pf.**
- Schleifen**, schwarz Rips **45, 75, 90 Pf.**
- Regattes** in farbigen Seidenstoffen **45, 85 Pf., 1,50 Mk.**
- Selbstbinder** in farbigen Seidenstoffen **90 Pf., 1,25 Mk.**

- Filzhut**, weich, schwarz und farbig **2,40, 3,- Mk.**
- Haarfilzhut**, weich, schwarz und farbig **4,75, 5,75 Mk.**
- Haarfilzhut**, steif, moderne Formen **4,75, 5,75 Mk.**
- Cylinderhut**, moderne Form **7,25, 9,75 Mk.**

- Rossleder-Zugstiefel** **5,50 Mk.**
- Spiegelrossleder-Zugstiefel**, gewalzt, **7,50 Mk.**
- Wildrossleder-Zugstiefel**, Goodyear Welt **9,50 Mk.**
- Kalbleder-Besatz-Zugstiefel**, Goodyear Welt **13 Mk.**
- Kalbleder-Schnürstiefel**, Goodyear Welt **13,75 Mk.**
- Schnürschuhe**, braun Chagrineder, **5,25 Mk.**
- Schnürstiefel**, braun Chagrineder, **8,25 Mk.**

- Regenschirm**, Gloria **2,75 Mk.**
- Regenschirm**, Halbseide mit Futteral, Paragon-Gestell **5,25 Mk.**
- Regenschirm**, reine Seide, Futteral Paragon-Gestell **9 Mk.**
- Spazierstock**, Congoeische mit Horngriff **90 Pf., 1,60 Mk.**
- Spazierstock**, Naturstock **90 Pf., 1,80, 2,25 Mk.**
- Spazierstock**, Congoeische mit Hirschhorngriff **90 Pf., 1,25, 2,25 Mk.**
- Spazierstock**, Rohr mit Elfenbeingriff **2,75 Mk.**

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Montag, den 10. d. M., abends 10 Uhr, mein lieber Mann, unser Bruder u. Schwager, der Händler **Albert Klein**, verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstagnachmittag 3 Uhr vom Trauerhause, Wälfersr. 49, nach dem Familiens- Kirchhof (Britz) statt. Um dieses Beileid bittet
26456
Im Namen der Hinterbliebenen:
Wwe. Marie Klein.

Socialdemokratischer Wahlverein f. den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Süd-Ost.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse **Hermann Zippel**, Mechaniker, am 10. April verstorben ist.
Obere seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. April, nachmittags 5 Uhr, vom Krankenhaus am Urban aus nach dem Emmaus-Kirchhofe statt. Um rege Beteiligung ersucht
242/4
Der Vorstand.

Öbliches H. Grundstück in Groh-Platzstraße, u. Ueberstr. 1, 55 000 Pf. u. verf. Offert. unt. N. 6 Postamt 3 We. Wasserstraße. 26538

Eine gutegehende **26526**

Ed-Destillation
(Schwefel), große Zukunft, zu verf. Offert. unt. N. 1 an die Exped. d. Bl.

Ed-Destillation, gangbare, bill. zu verf. Zu erfragen Annenstr. 2 im Cigarrengesch. 26518

Destillation wegen Grundstücks-Übernahme billig veräußert. Frachstr. 36a. 26476

Halbrenner, Model 99, allerfeinst. deutsches Fabr., auch als Sportbill. verf. Garantiechein nach 10 Monate. Langestr. 34, I rechts.

Kinderwagen, dreirädr., gebraucht, bill. verf. Neue, Urbanstr. 124, v. III.

GENERAL-Pandbureau, Charlottenstr. 93.

Wegen Aufgabe meiner Arbeitstube stehen zwei große Nähmaschinen und ein Wasbügelbrett billig zum Verkauf. 26489
Lachmann, Wallner-Theaterstr. 6, III.

Arbeitsmarkt.

Achtung, Holzarbeiter!
Bei Eisholz, Krautstr. 52, stehen die Kollegen im Streik. Zutritt ist fernzuhalten.

Achtung, Drechsler!
In der Bildhauerlei von H. Wolff, Friedrichstraße 14, haben sämtliche Drechsler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. 79/14
Zutritt fernzuhalten.

Stellenangebote.

Graveure und Gießeure, welche geeignet sind, sich dauernde Stellung bei sehr hohem Verdienste dadurch zu verschaffen, daß sie sich auf Glasformen einarbeiten möchten, werden gesucht. 14462
Berichts auf Glasformen ein- gearbeitete Gießeure verdienen ca. 35-40 Mk. pro Woche. Offerten unter C. 1 a. b. Exped. d. „Vorwärts“.

Grant-Schiffthauer verlangt A. Zabel, Schönhauser Allee 167a. 26443

Einem Arbeiter, der versteht, Glas- bilder einzupassen, verlangt **F. Brandtner**, Neu-Weissenhof, Feinerd. Weg 18/14.

Drechsler verlangt Maschinenfabrik Brägerstr. 7. 26226

Zulchneider sucht Karton-Fabrik G. Fränkel, Kastanien-Allee 79-Redungen; Nachm. 7-9 Uhr.

Einem Stecher in Holzwerk Holzwerk verfert. Holzwerkfabrik Brangelstr. 66. 26556

Grundrißer verl. **Helscher**, Elisabethstr. 24. 26496

Tücht. Rahmenarbeiter verlangt Spiegelfabrik Wälfersr. 68a. 26545

Verstärkerin u. Bergelder verlangt G. Natow, Friedrichstr. 106a.

Goldhaderinnen auf Unter u. Ab- zeilen verlangt Words, Wälfersr. 6. 26566

Wäusen- u. Arbeiterinnen verlangt Hiedel, Wälfersr. 60, part. 26366

Wasserkell auf bessere Jacken verl. **Preybrodt**, Wälfersr. 60, 2 Tr.

Arbeiterinnen für Sporthemden suche. Zu melden 10-12 vorm. **S. Raut**, Reus Friedrichstr. 22.

Sozialistische Presse Deutschlands. II. Quartal 1899. Central-Organ. „Vorwärts“ Berliner Volksblatt. Deutschstr. 2, SW. 19. Täglich erscheinend.

Wissenschaftliche Wochenschrift. „Die Neue Zeit.“ Revue des geistigen und öffentlichen Lebens. Stuttgart, Buchhändlerstr. 12.

Täglich erscheinende Zeitungen. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Bielefeld „Bielefelder Volksblatt“ Neue Wilhelmshafenstr. 38. Bremen „Bremser Volksblatt“ Schaferstr. 20. Braunschweig „Braunschweiger Volksfreund“ Rannengassestr. 13. Dresden „Dresdener Volksblatt“ Ruckwiesstr. 11.

Wöchentlich dreimal erscheinende Blätter. Erfeld „Niederdeutsche Volksblätter“ Breiterstr. 44. Dortmund „Westfälische Volksblätter“ Ludwigsstr. 7. Dresden „Der Volksfreund“ Gerbergasse 1. Gießen „Der Wald“ Brühlgasse 8a. Halle „Halle'sche Volksblätter“ Anzeiger für Stadt und Land. Frankfurt a. M. „Märkische Volksstimme“ Frankfurterstr. 11. Gotha „Gothaer Volksblatt“ für die Herzogthümer Coburg und Gotha. Weimarerstr. 7. Göttingen „Göttinger Volksblatt“ Teichstr. 2. Greis „Neuzeitliche Volksblätter“ Untere Silberstr. 1. Halberstadt „Halberstädter Arbeiterzeitung“ Salenstr. 37. Königsberg i. Pr. „Volks-Tribüne“ Knechtstr. 32. Krefeld „Krefelder Volksblätter“ Knechtstr. 19. Solingen „Sölginger Arbeiterstimme“ Kaiserstr. 29. Straßburg i. E. „Freie Presse für Elsass-Lothringen“ Schillingstr. 23. Weiden i. O. „Sächsisches Volksblatt“ Richardstr. 15.

Wöchentlich zweimal erscheinende Blätter. Aachen „Aachener Volksblatt“ Ruckwiesstr. 14. Dresden „Die Wahrheit“ Neue Graupenstr. 3/6. Delmenhorst „Delmenhorster Volksblatt“ Koppelstr. 6. Saugwitz „Der Proletarier aus dem Ostengebirge“ Ober-Kamptenstr. 2. Zeitz „Zeitzener Volksblatt“ (Ahr. Waldpost) Krammringstr. 15. Zülchauer „Zülchauer Volksblatt“ (Schwarzburger Volksfreund) Krammringstr. 15. „Neuzeitliche Volksblätter“ Krammringstr. 15.

Wöchentlich einmal erscheinende Blätter. Bielefeld „Die Nord-West“ Neue Wilhelmshafenstr. 38. Berlin „Götische Arbeiterzeitung“ Knechtstr. 13. Braunschweig „Der Landbote“ Rannengassestr. 13. Dresden „Der arme Teufel“ Poststr. 10. Gießen „Mitteldeutsche Sonntags-Zeitung“ Kirchenplatz 11. Halberstadt „Sonntags-Zeitung“ Salenstr. 37. Köln „Rheinische Zeitung“ (Wochenausgabe) St. Agathe 3.

Monatlich einmal erscheinend. Hannau „Der Bauernfreund“ Philipp Ludwigstr. 2.

Wochenschriften (Erscheinen aller 14 Tage). München „Süddeutscher Volksfreund“ Senefelderstr. 4. Stuttgart „Der wahre Jacob“ Buchhändlerstr. 12.

Illustrierte Unterhaltungsblätter. Berlin „In freien Stunden“ Deutschstr. 2 SW. 19. Gießen „Die Neue Welt“ Große Theaterstr. 44. Gießen „Die Neue Welt“ Große Theaterstr. 44. Gießen „Die Neue Welt“ Große Theaterstr. 44.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Berlin „Der Arbeiter“ (für Bau- und Holzarbeiter) Götische Arbeiterzeitung. Hamburg „Die Arbeiter“ (für Bau- und Holzarbeiter) Götische Arbeiterzeitung.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinende Blätter. Erfeld „Niederdeutsche Volksblätter“ Breiterstr. 44. Dortmund „Westfälische Volksblätter“ Ludwigsstr. 7. Dresden „Der Volksfreund“ Gerbergasse 1. Gießen „Der Wald“ Brühlgasse 8a. Halle „Halle'sche Volksblätter“ Anzeiger für Stadt und Land. Frankfurt a. M. „Märkische Volksstimme“ Frankfurterstr. 11. Gotha „Gothaer Volksblatt“ für die Herzogthümer Coburg und Gotha. Weimarerstr. 7. Göttingen „Göttinger Volksblatt“ Teichstr. 2. Greis „Neuzeitliche Volksblätter“ Untere Silberstr. 1. Halberstadt „Halberstädter Arbeiterzeitung“ Salenstr. 37. Königsberg i. Pr. „Volks-Tribüne“ Knechtstr. 32. Krefeld „Krefelder Volksblätter“ Knechtstr. 19. Solingen „Sölginger Arbeiterstimme“ Kaiserstr. 29. Straßburg i. E. „Freie Presse für Elsass-Lothringen“ Schillingstr. 23. Weiden i. O. „Sächsisches Volksblatt“ Richardstr. 15.

Wöchentlich zweimal erscheinende Blätter. Aachen „Aachener Volksblatt“ Ruckwiesstr. 14. Dresden „Die Wahrheit“ Neue Graupenstr. 3/6. Delmenhorst „Delmenhorster Volksblatt“ Koppelstr. 6. Saugwitz „Der Proletarier aus dem Ostengebirge“ Ober-Kamptenstr. 2. Zeitz „Zeitzener Volksblatt“ (Ahr. Waldpost) Krammringstr. 15. Zülchauer „Zülchauer Volksblatt“ (Schwarzburger Volksfreund) Krammringstr. 15. „Neuzeitliche Volksblätter“ Krammringstr. 15.

Wöchentlich einmal erscheinende Blätter. Bielefeld „Die Nord-West“ Neue Wilhelmshafenstr. 38. Berlin „Götische Arbeiterzeitung“ Knechtstr. 13. Braunschweig „Der Landbote“ Rannengassestr. 13. Dresden „Der arme Teufel“ Poststr. 10. Gießen „Mitteldeutsche Sonntags-Zeitung“ Kirchenplatz 11. Halberstadt „Sonntags-Zeitung“ Salenstr. 37. Köln „Rheinische Zeitung“ (Wochenausgabe) St. Agathe 3.

Monatlich einmal erscheinend. Hannau „Der Bauernfreund“ Philipp Ludwigstr. 2.

Wochenschriften (Erscheinen aller 14 Tage). München „Süddeutscher Volksfreund“ Senefelderstr. 4. Stuttgart „Der wahre Jacob“ Buchhändlerstr. 12.

Illustrierte Unterhaltungsblätter. Berlin „In freien Stunden“ Deutschstr. 2 SW. 19. Gießen „Die Neue Welt“ Große Theaterstr. 44. Gießen „Die Neue Welt“ Große Theaterstr. 44. Gießen „Die Neue Welt“ Große Theaterstr. 44.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Berlin „Der Arbeiter“ (für Bau- und Holzarbeiter) Götische Arbeiterzeitung. Hamburg „Die Arbeiter“ (für Bau- und Holzarbeiter) Götische Arbeiterzeitung.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Gewerkschaftspresse Deutschlands. II. Quartal 1899. Dreimal wöchentlich erscheinend. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Aller 14 Tage erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinend. Altona „Altonaer Volkszeitung“ Runkelstr. 12. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Salomonstr. 8.

Siebente ordentliche Generalversammlung des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands.

Am 10. d. M. begann in München die siebente Generalversammlung der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands. Vertreten sind die Städte Dortmund, Berlin, Dresden, Nürnberg, Altona, Stuttgart, Hildesheim, Frankfurt a. M., Stettin, Rostock, Lübeck, Mannheim, Karlsruhe, München, Hamburg, Landshut, Offenbach, Mainz, Magdeburg, Chemnitz, Würzburg, Leipzig, Wilhelmshafen, Bergedorf, Lüneburg, Wandsbeck und Bremen durch 25 Delegierte. Den Vorstand- und Kassendirektoren erstattete Klammann-Hamburg: Seit der letzten Generalversammlung sei in der Mitgliederzahl ein großer Aufschwung zu verzeichnen, auch die Stabilität sei besser geworden. Die Gesamteinnahmen der Verbandslasse beliefen sich im Jahre 1898 auf 80 260,30 M. gegen 14 555,11 M. im Vorjahre. Erfreulich sei es, daß sich die Mehrzahl der Mitgliedschaften wie die Hauptkasse recht schnell wieder erholt haben und im Hamburger-Alttona, wo manche Mitgliedschaften alle ihre Vermittel zur Unterstützung der Streikenden geopfert haben. Das Kameradschafts- und der Organisation sei Berlin mit seinen zwei Organisationen; neben der Mitgliedschaft des Verbandes bestünde dort nämlich noch ein Lokal-Verein, und nach der letzten Generalversammlung sind dort Verhältnisse eingerissen, wonach an ein gemeinsames Arbeiten nicht zu denken war. Es wurde vom Vorstand eine gemeinsame Sitzung mit der Vorstandslasse des Lokalvereins abgehalten und eine Besserung der Verhältnisse erzielt. Ob aber dieses Verhältnis von langer Dauer sein wird, muß abgewartet werden. Der Vorstand sei von der letzten Generalversammlung beauftragt worden, mit den Konsumvereinen und den Genossenschaftsbürokraten in Fühlung zu treten, um einen gewissen Druck auf jene Bürokraten ausüben zu können, die ihre Waren an die Konsumvereine liefern und die betreffenden Kollegen für die Organisation zu gewinnen. Bei dieser Gelegenheit habe sich gezeigt, von welcher großer Bedeutung die Konsumvereine für die Bäcker-Arbeiter sind. Von den etwa 1400 Konsumvereinen in Deutschland sind nämlich über 400 vorhanden, bei denen Brot den Hauptartikel bildet. Zu bedauern sei, daß sich der größte Teil nicht veranlaßt gesehen habe, dem Vorstande auch nur zu antworten. Von besonderer Wichtigkeit sei auch der Uebertritt der Lokalorganisation in München zum Centralverband. Früher wollte es gar nicht gelingen, in Süddeutschland vorzudringen; von dem Augenblick an, wo die Lokalorganisation sich dem Centralverbande angeschlossen, war es auch möglich, tüchtige Kräfte heranzubilden, wodurch die Organisation auch in Süddeutschland festen Fuß fassen konnte. Der Vorstand habe den Verhandlungen der Kollegen in Dänemark beigegeben. Redner rühmt die vorzüglichen Einrichtungen der dortigen Organisation und schildert die Beobachtungen, die er auf dem Gebiete des Krankheitswesens gemacht hat; er habe in den dortigen Krankheitsstatistiken vergeblich nach der Krankheit gesucht, die in Deutschland unter den Kollegen einen so breiten Raum einnimmt, nämlich der Syphilis. Als er sich nach dem Grund dieser auffallenden Erscheinung erkundigte, sei ihm allgemein erwidert worden, daß mit dem Augenblicke, wo das Koffein und Logiswesen beim Meister abgeschafft wurde, auch diese Krankheit verschwunden sei. In seinen weiteren Ausführungen rügt Redner, daß bei Aufnahme der vorjährigen Statistik die Fragebogen so mangelhaft eingelaufen sind. Mit dem Erfolg der Lohnbewegungen der letzten Jahre könne man zufrieden sein. Dem Bericht des Hauptvorstandes folgte eine lebhafte Debatte.

Zweiter Verhandlungstag.

Die Generalversammlung beschloß, um eine geordnete Buchführung zu bekommen, diejenigen Mitglieder, welche zwei Monate mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, auszuschließen, wenn sie nicht um Erlösung nachsuchen. Den Zahlstellen wird empfohlen, dort, wo es die örtlichen Verhältnisse notwendig machen, die Beiträge durch die Kassierer oder von bestellten Bezirkskassierern einheben zu lassen und dem Kassierer dafür eine Entschädigung bis zu 10 pCt. aus den Einnahmen zu gewähren.

Silber-Bien überbrachte die Grille vom östreichischen Bruder-Verband und wünscht, daß die Verhandlungen vom besten Erfolge begleitet sein mögen.

Dem Vorstande wurde für seine Thätigkeit einstimmig Danksagung erteilt. Ueber den 3. Punkt der Tagesordnung: Lohnbewegungen und Streiks im Verbandsreferat Kretschmar-Hamburg. Redner betonte, daß man sich auch in den früheren Generalversammlungen mit Lohnbewegungen und Streiks beschäftigt, dies waren jedoch nur theoretische Erörterungen und Wünsche. Im vorigen Jahre hatte aber der Verband selbständige Kämpfe zu bestehen und da habe er die Feuerprobe ablegen können. Es würde überflüssig sein, die Vorzüge beim Hamburger Streik einer Erörterung zu unterziehen, wenn wir nicht aus den gemachten Fehlern lernen wollten. Gehten müssen wir, daß der Kampf in Hamburg aus eigener Kraft nicht gewonnen wurde. Durch die Interesselosigkeit der Behörden war es möglich, den Meistern zahlreiche Streikbrecher anzuwerben; wenn wir auf die eigene Kraft angewiesen gewesen wären, hätten wir eine Niederlage erlitten. Auch in Zukunft müssen die Lohnkämpfe sich in denselben Bahnen bewegen wie früher. Es müsse monatlang an dem Ausbau der Organisation gearbeitet werden; wo diese Sicherheit nicht gegeben ist, müsse gewartet werden, in eine Lohnbewegung einzutreten. Die schärfste und wirksamste Waffe bei unseren Streiks sei der Boykott. Die Zustände im Bäckergewerbe sind davor, daß das große Publikum an der Vereitelung der Bäckereistände in erster Linie interessiert ist. Redner verbreitete sich nun ausführlich über die Geschichte des Hamburger Streiks. Dieser Zusammenhalt sei mehr denn je notwendig, denn der Hauptvorstand habe aus einer den verbündeten Regierungen nahestehenden Quelle mit Sicherheit erfahren, daß man sich im Bundesrathe mit der Absicht trage, an Stelle der täglich zwölfstündigen Maximal-Arbeitszeit eine wöchentliche 84stündige Arbeitszeit zu setzen. Man müßte also den Bäckerei-Arbeitern zu noch länger zu arbeiten. Es muß abgewartet werden, ob es die Regierungen fertig bringen, den wüthigen Arbeitergeist so zu verfühlen, daß nichts mehr davon übrig bleibt. Wir müssen darauf bedacht sein, daß eine Verschlechterung nicht Platz greift; als Antwort hierauf sei es zu empfehlen, bei Lohnbewegungen die zeitständige Arbeitszeit zu verlangen. Dann wollen wir sehen, ob es mit Hilfe der Arbeiterschaft nicht möglich ist, auch im Bäckergewerbe eine geregelte Arbeitszeit einzuführen.

Den Ausführungen des Referenten folgte eine lebhafte Debatte.

Ein von der Mitgliedschaft der Grobbäcker in Hamburg gestellter Antrag, im Falle der Verschlechterung des Maximal-Arbeitszeitgesetzes den Generalstreik zu proklamieren, wurde, nachdem mehrere Delegierte dagegen gesprochen und der Vertreter der Generalkommission, Röske, sich energisch gegen den Antrag gewandt hatte, zurückgezogen.

Die Generalversammlung spricht den Hamburger Kollegen für ihr muthiges Eintreten anlässlich der vorjährigen Lohnbewegung ihre Anerkennung und der Arbeiterschaft Deutschlands und den Kollegen Dänemarks für die thätigste finanzielle Unterstützung ihren Dank aus.

Die Generalversammlung faßte sodann folgende, an den Bundesrat zu richtende Resolution: Die Generalversammlung des Verbandes deutscher Bäcker und verwandter Berufsgenossen spricht ihr lebhaftes Bedauern aus, daß jetzt noch nahezu dreijährigen Bestehen des Maximalarbeitsgesetzes die verbündeten Regierungen planen, diese zu einer gefundenen sozialpolitischen Entwicklung durchaus notwendige Arbeitereingetragung in einer Art und Weise abzuändern, daß man von einem Arbeiterschutz der Bäckerei-Arbeiter überhaupt nicht mehr reden kann und erhebt einstimmig gegen eine derartige Verschlechterung des Gesetzes energische Proteste.

Die Generalversammlung wolle beschließen, ferner dem Bundesrat folgende Abänderung des § 120 a Artikel I Absatz 1 zu unterbreiten: Die Arbeiterschaft jedes Geschlechts darf innerhalb 24 Stunden die Dauer von 12 Stunden oder, falls die Arbeit durch eine Pause von mindestens einer Stunde unterbrochen wird, einschließlich dieser Pause die Dauer von 13 Stunden nicht überschreiten. Die Geschlechts dürfen zu gelegentlichen Dienstleistungen nur dann herangezogen werden, wenn ihre Arbeiterschaft die Dauer von 12 Stunden, einschließlich der Pause von einer Stunde, 13 Stunden noch nicht erreicht hat.

Soziale Rechtspflege.

Griffversäumte. Der Arbeiter Göbel, der sich bei der Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft vergeblich um eine Unfallsrente bemüht hatte, vertraute die weitere Vertretung seiner Sache dem Rechtsanwalte Kintelen in Pöppstadt an. Die Prozeßvollmacht wurde dann für die Verhandlung vor dem Dortmunder Schiedsgericht auf den Rechtsanwalt Schäfer in Dortmund durch einfaches Hinzufügen seines Namens ausgedehnt. Das Schiedsgericht wies den Rentenanspruch am 27. Mai 1898 ab und Rechtsanwalt Schäfer erhielt auf seinen Wunsch am 1. Juni 1898 eine Aufsertigung des Urteils. Wegen letzteres wurde aber erst am 21. September desselben Jahres, also sieben Wochen zu spät, der Rekurs eingelegt. Sowohl Schäfer wie Kintelen machten geltend, daß eine Fristversäumung nicht anzunehmen wäre und führten dazu aus: Kintelen wäre der eigentliche Bevollmächtigte gewesen, er hätte deshalb vor allem eine Aufsertigung des Urteils erhalten müssen. Die Frist für das Rechtsmittel beginne erst, wenn er eine Aufsertigung bekomme. Er erfuhe um eine solche. Schäfer habe dagegen vor dem Schiedsgericht nur als Intervertreter fungiert und sei mit Recht in dem Glauben gewesen, daß die ihm erteilte Aufsertigung nur eine zu seiner persönlichen Information bestimmte Abschrift gewesen sei. Diese Annahme wäre unloschwer berechtigt, als das Schriftstück nicht den Namen „Aufsertigung“ und nicht die Namen der Verfasser des Schiedsgerichts enthalten habe. Das Reichs-Versicherungsammt verwarf jedoch den Rekurs als unzulässig, weil er verspätet eingebracht sei. Zur Begründung wurde angeführt: Herr Schäfer habe eine ordnungsmäßige Aufsertigung des Schiedsgerichtlichen Urteils erhalten. Sie zu einer solchen zu machen, genüge die Unterschrift des Vorsitzenden und das Siegel des Gerichts. Schäfer sei aber auch Bevollmächtigt gewesen, die Aufsertigung in Empfang zu nehmen, denn die Vollmacht, die ihn neben Kintelen ausführe, lasse ihn als gleichberechtigten Bevollmächtigten erscheinen. Da nun nach der Zivilprozeß-Ordnung, wenn mehrere Vertreter da seien, die Zustellung nur an einen derselben zulässig sei und volle Rechtswirkung habe, so sei hier entscheidend, daß Schäfer nach Zustellung der Aufsertigung nicht innerhalb vier Wochen den Rekurs eingelegt habe.

Auch ein Grund zur Verabreichung der Unfallsrente.

In einer Anilin-Fabrik war der Arbeiter Wilhelm Pöhlmann, welcher eine Maschine zu bedienen hatte, durch eine Explosion des Dampfkefessels zu Schaden gekommen. Siedendes Wasser war ihm über den Kopf und den Oberkörper geflossen und hatte ihm die linke Seite seines Körpers verbrüht. Bei seiner Entlassung aus dem Krankenhaus war der linke Arm und das linke Bein zur Arbeit nicht mehr tauglich. Nachdem Pöhlmann für die Zeit vom Unfall bis zur Entlassung aus dem Krankenhaus und noch einige Zeit nach der Entlassung die Rente bezogen hatte, wurde ihm die Rente nach der Entlassung auf 50 Proz. herabgesetzt, weil ihn sein früherer Arbeitgeber wieder in Dienst genommen hatte. Der Arbeiter rief das Schiedsgericht an. Dasselbe fertigte zwei ärztliche Gutachten ein, welche 50 Proz. Rente als angemessene Entschädigung für die erlittene Erwerbsunfähigkeit guthielten. Demgemäß wies das Schiedsgericht den weiteren Anspruch des Klägers zurück.

Das Reichs-Versicherungsammt, welches sich weiter mit der Sache zu befassen hatte, hielt den Rekurs des Arbeiters für begründet und erhöhte die Rente von 50 auf 75 Prozent.

Allerdings habe der Verletzte wieder Stellung gefunden und somit einen Teil seiner Erwerbsfähigkeit wieder erlangt. Indessen komme das bei der Bemessung der Rente wenigstens in Betracht, da das ärztliche Gutachten eine Verschlimmerung des körperlichen Zustandes für möglich halte. Unter diesen Umständen sei die Rente möglichst hoch zu bemessen. Zu berücksichtigen sei ferner, daß der Kläger verheiratet und Vater von fünf unversorgten Kindern sei, die im Falle der Arbeitslosigkeit leicht dem Verderben preisgegeben wären. Der Verletzte sei überhaupt nur zu leichten Arbeiten zu verwenden, so daß die Erhöhung der Rente gerechtfertigt sei.

